Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Karl Bendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wirrmann, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Kramer & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,40 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die eigenspaltene Nonpareillezeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 95. **Halle, Mittwoch den 19. September 1917.** **1. Jahrgang.**

Ultimatum an Michaelis.

Der Sturz Bethmanns wurde in der gesamten alldeutschen Presse wie ein großer Sieg an der Front gefeiert. Der neue Kanzler Dr. Michaelis wurde mit schallendem Jubel begrüßt, und ehe er noch den Mund hatte auftun können, ehe er sich das erstemal in den Kanzlerstiefel setzte, als starker Mann, als Deutschlands Hoffnung und Retter bezeichnet. Seitdem verging kein Tag, an dem nicht die Alldeutschen dem Kanzler einen ganzen Waschkorb voll Telegramme ins Haus schickten, um ihm ihr Vertrauen zu seiner Person und ihren Wunsch nach einer

ausgesprochenen Eroberungspolitik

auszudrücken.

Mit diesem Herandrängeln an den neuen Kanzler, den man wohl politisch für noch naiver hielt, als er wirklich ist, dachten die Alldeutschen ihn für ihre Zwecke einzufangen. In genau derselben Weise hatten sie nach Bülows Sturze Bethmann-Hollweg angebimmelt und lobgepriesen. Die Herrschaften machen bei jedem neuen Kanzler denselben Versuch, ihn durch Schmeicheleien an sich zu locken; mißlingt das Plänchen, ist zum Schimpfen immer noch Zeit, und auch darin leisten die Alldeutschen ganz Hervorragendes.

Nach dieser ihrer bewährten alten Methode spielten sie also Herrn Michaelis auf. Wie Erlkönig flüsterten sie ihm zu:

Komm, holder Knabe, spiele mit mir!
Gar schöne Spiele spiel ich mit dir.

Aber da Michaelis das alldeutsche Spiel mit dem Feuer gar zu brenzlig erschien, fangen jetzt die Alldeutschen an, ihm zu drohen: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt." Die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlicht an der Spitze der Montag-Nummer den schon erwähnten Artikel in Form eines Ultimatums, 22 Zeilen lang. Er stellt an Michaelis die peinliche Frage: „Hat man verzichtet?"

Die „Deutsche Zeitung" wird noch derber als ihre „Tages"-Kollegin. Sie behauptet, auf

eine versteckte Anfrage Englands

habe die deutsche Regierung geantwortet, daß sie an Belgiens Schicksal kein Interesse mehr nähme. Die Anfrage sei zweifellos gestellt und sehr ernsthaft behandelt worden. Jetzt müsse es sich entscheiden, ob die Regierung die deutsche Zukunft für eine „freundliche Grimasse Englands" verkaufen wolle. Werde „unser wichtiges Kriegsziel" in dem Augenblick aufgegeben, in dem Englands Anfrage die Nähe des deutschen Sieges beweise, dann würde „die Verantwortung dafür einzig und allein der politischen Leitung des Reiches zufallen, in erster Linie Herrn Dr. Michaelis, der selbst tönend erklärt hat, er werde sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen". Und drohend schließt das alldeutsche Ultimatum: „Sind die Gerüchte richtig, die deutsche Regierung habe ein Desinteressement an Belgien, also an der deutschen Zukunft, erklärt oder wolle es erklären? Ja oder nein!"

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung eine solche Erklärung nicht beabsichtigt. Daß keine Anfrage Englands eingegangen ist, hat die deutsche Regierung schon mehrfach erklärt. Trotzdem stellt es fest, daß

wichtige Beratungen der Reichsleitung

in der vergangenen Woche stattgefunden haben und in der Sache zum Abschluß gelangt sind. Der Krieg ist für Deutschland bekanntlich von Anfang an ein reiner Verteidigungskrieg gewesen. „Kriegsziele" hat infolgedessen die deutsche Regierung kaum gehabt. Sie hat sich darauf beschränkt, zu erklären, daß sie jederzeit zu Friedensverhandlungen und zu einem ehrenvollen Ausgleich bereit sei. Besonders deutlich und eindrucksvoll wurde diese Friedensbereitschaft im Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 zum Ausdruck gebracht.

Das hat aber der Welt nicht genügt. Die höchst mißtrauischen Völker der feindlichen Länder vermuteten hinter dem Schweigen über die konkreten deutschen Friedensbedingungen eine besondere Hinterlist und Tücke und nannten das Friedensangebot eine „Friedensfalle". Da wurde der Reichstag am 19. Juli deutlicher und stellte sich auf den Standpunkt des Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen, erteilte den Gedanken der erzwungenen Landabtretung oder der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Vergewaltigung eine unzweideutige Absage.

Wieder wie beim Friedensangebot war das ganze deutsche Volk überzeugt, nun müßten die Feinde doch endlich einsehen, daß Deutschland keine Eroberungspläne hege. Aber die feindlichen Staatsmänner, die zur Erreichung ihrer Eroberungsziele den Krieg um jeden Preis verlängern möchten, redeten ihren Völkern ein, das Votum des Reichstags habe nichts zu bedeuten, und die allein maßgebende deutsche Regierung schweige!

Da diese Verhetzung von den Alldeutschen eifrig unterstützt wurde, ist die Regierung nunmehr gezwungen, konkret zu reden. Dazu mußten die Männer der Reichsregierung sich erst untereinander darüber einigen, was sie für die Wahrung des deutschen Landes und der deutschen Entwicklungsfreiheit in der Zukunft für unentbehrlich hielten.

Diese Verständigung ist erfolgt.

Das Toben der Alldeutschen zeigt, daß sie ganz im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli ausgefallen sein muß. Die Antwortnote an den Papst wird darüber eine gewisse Klarheit schaffen. Eine vollständige allerdings schwerlich, da sie in der gewundenen und vorsichtigen Diplomatensprache abgefaßt ist. Sachlich aber wird bald kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die deutsche Regierung an keiner Forderung festhalten will, die irgendwie als Vergewaltigung Belgiens erscheinen könnte. Alles wird dann darauf ankommen, daß diese Stellungnahme den Völkern des feindlichen Auslandes so geschickt und nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht wird, daß jede Verdrehungskunst der Lloyd George und Ribot daran scheitert.

Denn die Ententeminister wollen zweifellos das vierte Kriegsjahr. Jeder Ausgleichsfriede brächte sie ja an den Galgen, weil sie ihn schon 1916 haben konnten und zurückgewiesen haben. Nur durch die Ententevölker kann die Friedensbereitschaft der feindlichen Staaten herbeigeführt werden. Auf sie zu wirken ist die Aufgabe der deutschen Politik, wie es die Aufgabe der deutschen Kriegführung ist, ihnen keinerlei Hoffnung auf den militärischen Sieg zu lassen.

Die Katzenmusik, mit der die Alldeutschen diese politische Taktik begleiten, ist zwar mißtönend, aber bedeutungslos. Auch das Ultimatum, das sie an Michaelis gerichtet haben, verpufft wirkungslos. —

Nach der Ernte.

Der Ertrag der neuen Ernte ist zwar ziffernmäßig gegenwärtig noch nicht zu erfassen, wohl aber läßt sich ein Ueberblick gewinnen, wie sich unsere Volksernährung für das künftige Wirtschaftsjahr gestalten wird. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß der Ertrag der Ernte allein nicht bestimmend ist, es kommt nach aller bisheriger Erfahrung sehr viel auf die Organisation der Verteilung an. Die trüben Erfahrungen, die wir im vorausgegangenen Wirtschaftsjahr zu verzeichnen hatten, die harten Entbehrungen an Brot und Kartoffeln wären bei dem Ertrag der vorjährigen Ernte nicht notwendig gewesen, wenn nicht die Organisation der Verteilung versagt hätte, wäre das vorhandene

Brotgetreide restlos der menschlichen Ernährung

zugeführt worden, wir wären nie in die Lage gekommen die Brotration herabsetzen zu müssen; wir hätten unsrer Bevölkerung auch unter der ungünstigen Kartoffelernte 1½ Pfund Kartoffeln pro Tag und Kopf als Verbrauch überweisen können, wenn es möglich gewesen wäre, die Kartoffeln vor der Verwendung in der Viehhaltung zu bewahren.

Nach vielem Drängen kann jetzt das Kriegsernährungsamt sich der Erkenntnis nicht mehr ganz verschließen, daß unsre Lebensmittelerzeugung im Einklang stehen muß mit der Viehhaltung; das heißt, es dürfen nicht wichtige pflanzliche Nährmittel, die der menschlichen Ernährung dienen, in einem zu erheblichen Teile als Viehfutter Verwendung finden. Man mußte dazu übergehen, die Schweinehaltung erheblich herabzusetzen. Die erhöhte Fleischration, die wir in den vorausgegangenen Monaten erhielten, war nur dadurch möglich, daß auch in unsre Rindviehbestände stark eingegriffen wurde, aber der Viehbestand ist noch ein respektabler, er nähert sich sogar dem Friedensstand. Die Maßnahmen sind zum Teil im Widerspruch mit den landwirtschaftlichen Interessentenkreisen ergriffen worden, und der Versuch, diese Politik aufzuhalten, wurde und wird von jener Seite fortgesetzt mit Eifer betrieben.

Das ganz unvermittelte Zurücktreten Batochis vom Kriegsernährungsamt muß den Eindruck hinterlassen, daß diejenigen Kreise, die in letzter Zeit besonders gegen seine Maßnahmen ankämpften, einen Erfolg gehabt haben und damit eine Aenderung der bisher eingeschlagenen Ernährungspolitik bevorsteht, die nicht gerade das Gefühl der Sicherung hervorrufen kann. Bisher ist ganz unbekannt, welche grundsätzliche Stellung in der Ernährungspolitik v. Waldow, der neue Mann in diesem Amte, einnimmt.

In unsrer Lebensmittelversorgung steht obenan die Brotversorgung. Nach der bisherigen Schätzung läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß wir in Deutschland über

eine Mittelernte

verfügen; wir dürfen auf einen ziemlich reichlichen Zuwachs aus Rumänien rechnen, und aus den besetzten Gebieten werden zum mindesten für die Heeresverwaltung erhebliche Bestände frei. Im Hinblick auf diesen Ernteertrag, obwohl wir die Bestände sehr zeitig angegriffen haben, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die gegenwärtige Brotration aufrechterhalten werden kann. Und gelingt es restlos, die Bestände vor der Verfütterung zu schützen, so muß es möglich sein, zu diesen Brotrationen auch Aufschläge zu geben, besonders für Zeiten, wo ein Mangel an andern Nährmitteln vorhanden ist. Dieser Mangel an Nährmitteln wird sich besonders unangenehm fühlbar machen bei den Nährmittelerzeugnissen aus Hafer und Gerste; denn hier haben wir es leider mit einer verhältnismäßig ungünstigen Ernte zu tun, die wir nicht restlos vor der Verfütterung schützen können, weil wir insbesondere für die Pferdehaltung einen erheblichen Teil des Ernteertrags brauchen.

Höchst bedeutsam ist die ausreichende Kartoffelversorgung. Nach übereinstimmendem Urteil muß die Aussicht auf den Ertrag der Spätkartoffel als gut bezeichnet werden, so daß die Verteilung von 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche der Bevölkerung möglich sein muß, ein Quantum, das vor kurzem bei Besprechung der Kartoffelordnung auch von den Vertretern der Landwirtschaft zugestanden wurde.

Leider gibt die Kartoffelverordnung nicht die Sicherheit, daß die Bestände auch wirklich für die städtische Bevölkerung aufgebracht werden. Die Reichskartoffelstelle stützt sich zu sehr auf die Einführung der Wirtschaftskarte, auf der jeder einzelne Betrieb den Ernteertrag und die Ablieferung angeben soll. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß das einzig sichere Mittel, über die erforderlichen Mengen zu verfügen, die

rechtzeitige Beschlagnahme

ist. Schon vor Monaten ist in einer Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften gefordert worden, daß, soweit nicht schon im Herbste die Kartoffeln an die Städte geliefert werden können, der Restbestand, der erforderlich ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170919-11/fragment/page=0001

für den Verbrauch, in den Landgemeinden besonders eingemietet werden muß. Das heißt, die Kartoffel wird aus der Hand des einzelnen Besitzers genommen und geht in Gewahrsam der Dorfgemeinde über. Zu einem ähnlichen Vorschlag kommt auch das Mitglied des Kriegsernährungsamts Stadtrat Krüger, der in den „Beiträgen zur kommunalen Kriegswirtschaft" den Vorschlag macht, daß die Kartoffeln, die für den Winter- und Frühjahrsbedarf berechnet sind, in die Nähe der Bahnstationen im Herbst eingemietet werden, um beim Abruf die Schwierigkeiten des Transports im Winter zu vermindern. Kommt die Reichskartoffelstelle nicht zu einer solchen Regelung, so wird sie die Versorgung nicht sicherstellen und uns abermals eine große Entbehrung auferlegen, die im kommenden Jahr um so übler werden kann, weil der Mangel an Ersatz in Nährmitteln aus Hafer und Gerste uns den Ausgleich sehr erschwert.

Eine andre Gefahr droht der Kartoffelversorgung durch den

Ansturm aus Händlerkreisen.

Hier macht sich das sehr lebhafte Verlangen bemerkbar, eine freiere Bewegung des Handels herbeizuführen, und sei es auch nur insofern, daß dem Handel im Auftrag der Städte der freie Aufkauf gestattet wird. Das Experiment hat schon einmal zum Zusammenbruch unsrer Kartoffelversorgung geführt, und wir würden ganz sicher ein neues Fiasko erleben, wenn diesem Wunsche stattgegeben würde. Es muß deshalb schon jetzt sehr entschieden Protest dagegen eingelegt werden, daß diesen ganz unsinnigen Anforderungen stattgegeben wird. Die Folge würde nur sein, daß jede Regelung des Bedarfs unterbunden wird, der gegenseitigen Konkurrenz beim Einkauf freier Spielraum gegeben wird und damit zu Preistreibereien in offner und versteckter Form neuer Anreiz gegeben würde. Wenn es dem Kriegsernährungsamt und den ihm unterstellten Aemtern für die Kartoffel- und Brotversorgung nicht gelingt, zeitig in diesem Jahre die Bestände zu erfassen, so werden wir in

größere Schwierigkeiten als je zuvor

kommen. Denn gerade im nächsten Jahre wird bei dem ungünstigen Ausfall der Futterernte der Versuch, Brotgetreide und Kartoffeln zu verfüttern so starke Anregung finden, daß nur bei einer guten Organisation und vorzüglichen Kontrolle die Sicherung der Volksernährung möglich ist.

Diese Kontrolle darf auch nicht, wie bisher geschehen ist, den örtlichen Behörden übertragen werden, sondern sie muß von der Zentrale aus, von unabhängigen Leuten systematisch durchgeführt werden. Geschieht das nicht, so werden sich alle die Uebelstände im kommenden Wirtschaftsjahr in vergröberter Form wiederholen. Die Behauptung, daß gegenwärtig durch unzweckmäßige Lagerung Getreide verdirbt — was übrigens die Reichsgetreidestelle bestreitet —, darf uns nicht zu der Forderung verleiten, mit dem Frühdrusch aufzuhören. Je mehr Getreide in die Hand der Reichsgetreidestelle kommt, je weniger besteht die Gefahr der Verfütterung, um so sicherer gestaltet sich die Volksernährung. Es fehlt nicht an Lagerräumen, so daß eine unzweckmäßige Lagerung vermieden werden kann. Der Zustand, daß Brotgetreide in offenen Mieten unausgedroschen beim Landwirt lagert, um dort zu verfaulen, und ein Fraß für Ungeziefer zu werden, wie es leider in diesem Frühjahr nicht vereinzelt vorkam, darf sich nicht wiederholen.

Mit unsrer

Fleischversorgung

wird es im kommenden Frühjahr schlecht bestellt sein. Es muß schon jetzt darauf gedrängt werden, daß da, wo der Landwirt infolge von Futtermangel Vieh abschlachten muß, ihm die Möglichkeit gegeben wird, das Vieh abzusetzen. Jetzt haben wir, besonders in den Weidebezirken, gut genährtes Vieh. Wir können das Fleisch in Kühlhäusern konservieren, und würden einen Fehler begehen, wenn wir wieder, wie im Vorjahr, das Vieh im Winter durchhungern, um es dann im Frühjahr schlecht genährt abzuschlachten.

Die in Aussicht genommene Erhöhung der Milch- und Butterpreise wird uns zu keiner bessern Versorgung führen. Sie führt den Interessenten nur höheren Nutzen zu. Leider ist in der Beschaffung von Futtermitteln außerordentlich viel versäumt. Wiederholt ist von weitblickenden landwirtschaftlichen Sachverständigen darauf hingewiesen worden, die Gewinnung von Laub für die Verfütterung mehr nutzbar zu machen. Besonders wäre unsre Militärverwaltung in der Lage gewesen, hier mehr zu leisten als geschehen ist. Leider fehlt es auch dort an einem Weitblick, wie er in der gegenwärtigen Zeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik notwendig ist.

Die Versorgung mit Gemüse und Obst ist noch immer Gegenstand unausgesetzter Klagen und Beschwerden. Ob es gelingen wird, die Marmeladenfabriken mit den Beständen von Obst zu versehen, die dem Bedarf entsprechen, ist unsicher, da die Ansprüche außerordentlich hoch sind. Die Preise für Gemüsekonserven werden enorm hoch sein, da Gemüse nur zu hohen Preisen aufgekauft werden konnte und bei der Konservierung das ungeeignete Blechmaterial reichliche Mengen dem Verderben aussetzen wird. Die Zentralstelle muß darauf hinwirken, daß die Konservierung in Blechdosen eingeschränkt, wenn nicht vollständig aufgehoben, und das Gemüse mehr zum Trocknen verwandt wird. Allerdings muß diese Verarbeitung sachverständigen Händen anvertraut werden, nicht daß ein Fabrikat in den Handel kommt, das in einem so jämmerlichen Zustand sich befindet, wie es in diesem Jahre vielfach geboten wurde.

Sehr bedenklich für die Sicherung unsrer Volksernährung ist die

Ausbreitung des Schleichhandels.

Er führt in der weitern Folge dazu, daß der Versuch, der Gesamtbevölkerung das Minimum dessen, was sie zur Lebenshaltung benötigt, zuzuführen, unmöglich wird. Als Beweis dafür, in welchem Umfang große Bestände durch den Schleichhandel für die allgemeine Verteilung verschwinden, mag folgendes dienen: Wir haben während 17 Wochen an etwa 40 Millionen Menschen eine Fleischration von einem halben Pfund über das festgesetzte Quantum verteilt. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 8,4 Millionen Zentner Fleisch. Nach den Feststellungen unsrer Viehzählung sind in der Zeit vom Dezember vorigen Jahres bis zum März dieses Jahres 5½ Millionen Schweine verschwunden, die bei den Schlachtungen nicht angemeldet wurden. Man muß annehmen, daß das Fleisch in den Schleichhandel gekommen, zum erheblichen Teil auch in landwirtschaftlichen Haushaltungen geblieben ist. Das Gesamtquantum an Fleisch, das auf diese Weise der Kontrolle entzogen ist, würde sich, wenn man nur das Schlachtgewicht pro Schwein auf einen Zentner schätzt, auf 5,5 Millionen Zentner belaufen. Es ist also außerhalb der Rationierung allein an

Schweinefleisch erheblich mehr verschwunden,

als die Zulage betragen hat, die in den 17 Wochen der Bevölkerung gewährt wurde. Die Schwierigkeiten, die bei ungenügenden Zuteilungen der Rationen für die Ernährung entstehen, treiben zum Schleichhandel, der allein mit Strafbestimmungen nicht zu unterbinden ist, es kann nur durch eine bessere Versorgung geschehen. Wird der Bevölkerung z. B. bei Kartoffeln ein Quantum von 10 Pfund pro Kopf und Woche gegeben, so hört darin der Schleichhandel ganz von selbst auf. Niemand wird sich der Mühe unterziehen in diesem Falle auf das Land hinauszuwandern, um die Abgabe von Kartoffeln zu erbitten und erbetteln. Noch gemeingefährlicher ist der Schleichhandel, soweit er gewerbsmäßig von Händlern betrieben wird, die durch enorme Preisaufschläge das Risiko ihres Unternehmens decken.

Die Aussichten unsrer Volksernährung sind keine hoffnungsfreudigen. Wir wissen nicht, mit welchen neuen Schwierigkeiten wir zu rechnen haben. Die Preissätze sind nicht abwärts, sondern bei vielen Produkten weiter aufwärts gegangen. Wir können gegenwärtig nicht übersehen, welche Unregelmäßigkeiten eintreten werden infolge Transportschwierigkeiten und ungünstigen Witterungsverhältnissen. Aber so viel ist sicher, wir werden den harten Entbehrungen, die im Frühjahr bis in den Sommer dieses Jahres recht schwer auf unsrer Bevölkerung lasteten, im kommenden Jahre nur entgehen, wenn mit Entschiedenheit der Ertrag der neuen Ernte für die menschliche Ernährung erfaßt wird. Die Bestände sind da, es muß möglich sein, diese Aufgabe zu erfüllen, sie entscheidet über das Maß des Erträglichen in der Volksernährung.

Robert Schmidt.

Was der Krieg bringt.

Das russische Chaos.

Kerenski läßt die Namen seines neuen Ministeriums veröffentlichen, das die Folie für sein Fünfmänner-Direktorium abgeben soll. Er hat die ministerielle Verbindung mit den Kadetten aufrechterhalten. Seine Lage wird dadurch nicht gesicherter.

Ueber Kornilow liegt noch immer keine sichere Meldung vor. Es wird zum zehntenmal seine Verhaftung gemeldet. Sicherer wird die Nachricht durch die Wiederholung nicht.

Eine Verbindung zwischen Regierung und Großem Hauptquartier ist noch immer nicht hergestellt. Kornilow und seine Freunde sind also noch nicht völlig ausgeschaltet. Ebensowenig besteht eine sichere Verbindung zwischen dem Hauptquartier und den einzelnen Armeen.

Daraus geht zur Genüge hervor, daß Kerenski immer noch auf einem Vulkan tanzt. —

* * *

17000 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet:

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unsrer U-Boote neuerdings 17000 Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Sycamore" mit 9200 Tonnen Stückgut. Das Stückgut, unter dem sich nach Angabe des gefangenen Ersten Offiziers 970 Tonnen Kupfer befanden, hatte einen Wert von 8½ Millionen Mark. Ein andrer großer bewaffneter englischer Dampfer wurde aus starker Sicherung herausgeschossen. —

* * *

Der Seekrieg.

Ein japanischer Kreuzer gesunken. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio: Der japanische Panzerkreuzer „Otowa" ist gesunken. „Otowa" ist 1903 vom Stapel gelaufen, hat 3050 Tonnen, 10000 Pferdestärken, läuft 21 Knoten und hat 310 Mann Besatzung. Seine Bestückung waren zwei 15,2-Zentimeter-, sechs 12-Zentimeter-, vier 7,6-Zentimeter-Kanonen, zwei Maschinengeschütze und zwei Torpedolanciererohre.

Englischer Angriff auf flämische Fischer. Am 15. September, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, wurde eine flämische Fischerflotte von zirka 50 Booten unter Schutz eines Dampfers etwa vier Seemeilen auerab Ostende von einem englischen Zerstörer beschossen. Außerdem wurden die Fischerboote durch feindliche Flieger mit zahlreichen Bomben beworfen. Alle Fahrzeuge liefen mit Hilfe des Dampfers unbeschädigt ein. Das brutale Vorgehen der Engländer gegen die friedliche, Fischerei treibende flämische Küstenbevölkerung hat bei dieser große Erbitterung hervorgerufen.

Minen. Im August wurden an der niederländischen Küste 25 Minen angespült, davon 22 englischer, 1 deutscher und 2 unbekannter Herkunft. Damit erhöht sich die Zahl der seit Kriegsausbruch an der niederländischen Küste angespülten Minen auf 2219, davon 1534 englischer, 63 französischer, 272 deutscher und 348 unbekannter Herkunft. —

* * *

Lloyd George als Intrigant.

Am 17. August 1917 schrieb der sozialistische englische Arbeiterabgeordnete Ramsay Macdonald aus Anlaß der Henderson-Krise:

„Die unvermeidliche Krise ist ausgebrochen. Seit 2 Jahren herrschen vollständig unmögliche Beziehungen zwischen der Regierung und der Arbeiterpartei, die gar nicht geduldet worden wären, wenn die Arbeiterpartei politischen Sinn und Selbstachtung gezeigt hätte. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die in die Regierung eintraten, hätten ihre Aemter zeitweilig niederlegen sollen; denn die Doppelämter versetzen sie und die Arbeiterpartei in eine unmögliche Lage.

Wie das Ende kam, ist wohl bekannt — wenigstens soweit es dem Publikum erzählt wurde. Henderson kam zu der Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse ein Recht hat, eigne Ansichten über den Frieden zu haben und darauf zu sehen, daß der Krieg nicht durch Mißverständnisse und Entstellungen unnötigerweise verlängert wird.

Unsre Herrscher sagen aber, daß die Pflicht der Arbeiterklasse nicht im Selbstdenken, sondern im Gehorchen besteht. Die Arbeiter jedoch sagen, daß ein derartiger Standpunkt veraltet sei. Sie wissen, daß sie eine Macht sind, und daß sie das Recht haben, sich mit den Arbeiterorganisationen der feindlichen Länder zu besprechen und ihre Meinungen miteinander auszutauschen.

Aber die Regierung bestreitet, daß die Arbeiter ein derartiges Recht hätten. Sie sagt: „Ihr seid unser Eigentum. Wir erlassen Befehle, und ihr müßt sie entgegennehmen. Nur wir haben ein Recht, Ideen über den Krieg zu haben." Der Ministerpräsident (Lloyd George) erklärte, daß, soweit er von Henderson unterrichtet worden sei, dieser die Aufgabe hätte, auf der Arbeiterkonferenz eine Mehrheit für die Ansichten der Regierung zusammenzubringen.

Wie Henderson in seiner Verteidigungsrede andeutete, hat der Ministerpräsident ein besonderes Preßbureau, das die Zeitungen mit Nachrichten über seine (des Ministerpräsidenten) Kollegen versieht. Dieses Bureau erzählte, daß Henderson seine Ansichten geändert habe, und es verbreitete auch Nachrichten über die Ansichten der Gewerkschaftler, um auf der Konferenz eine Opposition gegen Stockholm zu schaffen. So gleiten wir hinab in den Sumpf hinterhältiger Kniffe und Intrigen, der in der Vergangenheit immer das Symptom des sittlichen Verfalls der Nationen war.

Nichts vielleicht ist so bezeichnend für die Art und Weise, wie die Arbeiterklasse von der Regierung behandelt wird, als folgendes Ereignis: Eine Kabinettssitzung fand statt. Henderson wartete draußen an der Tür auf Entscheidung. Als die Sitzung vorüber war, sandte das Kabinett die Entscheidung an Henderson durch einen Boten. Und dieser Bote war — Barnes!

So tief ist die Arbeiterpartei gesunken. Inmitten scheinbarer Triumphe ist sie moralisch gestürzt! Ihre Minister werden wie Mietlinge behandelt und sie werden gegeneinander ausgespielt." —

* * *

Ein Manifest aus Stockholm.

Das holländisch-skandinavische Komitee, das die Sozialistenkonferenz von Stockholm vorbereitet, hat ein neues Manifest erlassen, das sich an die arbeitenden Klassen der kriegführenden Länder richtet. Es erklärt zunächst die Situation, wie sie sich nach der Rückkehr der russischen Delegierten aus den Ländern der westlichen Entente darstellt.

Das Komitee erklärt zunächst auf das entschiedenste, daß der Plan, nach Stockholm eine internationale Sozialisten- und Arbeiterkonferenz einzuberufen, nicht aufgegeben ist und nicht aufgegeben wird. Hätte die englische und französische Delegation ihre Pässe erhalten, so hätte die Konferenz am 9. September stattgefunden. Sie wird stattfinden, sobald die Paßfrage geregelt ist und das Datum wird dann unverzüglich festgesetzt werden.

Das Manifest weist auf die von den russischen Delegierten in England, Frankreich und Italien wahrgenommene Anhänglichkeit der Arbeiterklasse an die Idee von Stockholm hin und auf die in allen Schichten wachsende Bewegung für eine gemeinsame Aktion zugunsten eines gerechten, dauernden Friedens. Das Manifest fährt fort: „Eine

brutale Paßverweigerung,

die der offenbare Reflex einer wachsenden Reaktion ist, kann das Proletariat nicht aufhalten. Darum appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170919-11/fragment/page=0002

Staaten, sich nicht das elementare Recht eines freien Meinungsaustausches nehmen zu lassen."

Die Kundgebung schildert weiter die gegnerischen Manöver. Die Gegner benutzten, um auf die Massen einzuwirken, sogar nicht existierende Dokumente. Ueberall mißbrauchte man das Post- und Telegraphenmonopol, um unsre Erklärungen zurückzuhalten und zu fälschen. Diese Manöver seien aber mißglückt und der Wille der Arbeiterklasse bleibe unerschüttert. Die Londoner Konferenz ergab eine Riesenmehrheit für Stockholm. Ein Vergleich zwischen den Beschlüssen von Manchester, wo eine Dreiviertelmehrheit gegen Stockholm war, mit der Resolution von Blackpool, die das Stockholmer Prinzip sozusagen ohne Gegner anerkannte, berechtigt das Komitee, sich zu dieser Entwicklung zu beglückwünschen. Das Manifest verweist auf den engen Zusammenhang des Schicksals von Stockholm mit dem der russischen Revolution, wobei ein Seitenhieb auf die Unklugen fällt, die durch ein bedauerliches Verhalten die Konterrevolution gestärkt hätten. Den russischen Genossen wird zugleich mit der Bewunderung ihrer Haltung der Wunsch ausgesprochen, sie mögen sich zur Verteidigung des revolutionären Rußlands einigen.

Das Manifest fährt fort: „Die Arbeiterklasse aller Länder wird sicherlich den

Treibereien der internationalen Reaktion

Widerstand leisten, die schon den Bestrebungen der russischen Gegenrevolution Beifall klatscht. Wir sprechen zugleich die feste Hoffnung aus, daß die Sozialisten Deutschlands und Oesterreichs ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen und gegen jedes Projekt und jede Taktik protestieren werden, welche versuchen sollte, die Revolution zu untergraben und Deutschland zu Mitschuldigen der Gegenrevolution zu machen. Die Stockholm anhängenden Parteien werden angesichts dieser Ereignisse begreifen, daß es uns unmöglich ist, im Augenblick auf das Telegramm der französischen Sozialistenpartei, die uns völlige Handlungsfreiheit ließ, und auf den Brief der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs und Deutschlands, die auf der

Festsetzung eines endgültigen Datums

bestanden, präzise Antwort zu geben. Das Komitee beschloß jedoch, seine Aktion ruhig und entschieden fortzusetzen. Es wird bald die gesammelten Denkschriften, die von den angeschlossenen Parteien eingereicht sind, nebst einem Generalbericht publizieren, der ein objektives Exposé der von allen Organisationen erhobenen Fragen sein wird. Endlich beschloß das Komitee, falls die betreffenden Organisationen es wünschen, zu einer neuen Alliierten-Konferenz sowie zu jeder andern von den angeschlossenen Parteien organisierten Konferenz einige Mitglieder zur Berichterstattung abzuordnen. Stockholm, sagt das Manifest, ist nur eine Etappe auf dem Marsche des internationalen Sozialismus. Die zusammenfassende Aktion des Proletariats wird ihre volle Wirkung erst dann ausüben, wenn die Konferenz ihr Aktionsprogramm entworfen hat. Sie wird nicht mit der Einstellung der Feindseligkeiten enden; sie wird vielleicht dann erst am meisten die Ereignisse überwachen und ihre eigne Lebenskraft und Entschlußkraft beweisen müssen. Der Gedanke von Stockholm eröffnet eine

neue Aera im Kampfe des Proletariats

gegen den Imperialismus durch Wiederherstellung einer zu gemeinsamen Aktionen fähigen internationalen Arbeiterklasse. Er will, daß dieser Krieg der letzte sei, er will die Staaten demokratisieren, neue Konflikte und Wirtschaftskriege verhüten, er will vor allem durch Rechtsgarantien und Schiedsgerichte eine friedliche und zu Lande und Wasser entwaffnete Welt, ein Europa der Demokratie und der wahrhaften Freiheit aufrichten. Inmitten des entfesselten Hasses verzichtet die Arbeiterklasse nicht auf ihr Ideal der menschlichen Verbrüderung! Wenn Ihr wollt, Genossen, wird die Konferenz bald stattfinden. Dazu genügt, daß die Parteien sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden. Für das ganze organisierte Proletariat bleibt es bei der Losung: Auf nach Stockholm!

Das Manifest trägt die Unterschriften der Mitglieder des holländisch-skandinavischen Komitees und der russischen Delegierten sowie die von Huysmans und Panin als Sekretären. —

* * *

Auf dem Holzwege.

Die Versorgung Petersburgs mit Holz begegnet großen Schwierigkeiten. Es werden wahre Fabelpreise gezahlt. Und selbst für alles Geld ist nicht genügend Ware zu bekommen. Das wird in der folgenden Satire beleuchtet:

Der Holzhändler: Ah, Anatoli Feodorowitsch, guten Tag. Womit kann ich Ihnen dienen?

Anatoli: Womit, Jefim Grigorjewitsch? Nun, natürlich mit — mit Holz. Ich möchte mich für den Winter versorgen.

Holzhändler: Ausgezeichnet, dafür ist man ja Holzhändler. Man muß versorgen. Ja ja. Man kann ja nicht wissen, ob es im Winter Holz geben wird. Dann sitzt man da und — und — friert. (Reibt sich die Hände.)

Anatoli (lacht und reibt sich gleichfalls die Hände).

Holzhändler: Sie nehmen natürlich finnisches Holz?

Anatoli: Aha, das ist das beste?

Holzhändler: Wissen Sie denn nicht, nur Dummköpfe nehmen andres Holz. Das finnische Holz, mein Lieber, hat eine Flammkraft, eine Flammkraft, ich sage Ihnen . . .

Anatoli: Mit einem Wort: es macht warm. (Beide reiben sich die Hände.)

Holzhändler: Ganz recht, Anatoli Feodorowitsch. (Gedehnt:) Nur ist da etwas zu berücksichtigen.

Anatoli: Ich weiß schon, was Sie sagen wollen. Sie denken an die Zustellung. Sie haben kein Lastauto, keine Wagen, keine Pferde, deine Leute. Das macht nichts. Beunruhigen Sie sich nicht: Im Vertrauen, wir haben einen Kinderwagen und eine Eisenbahn mit Uhrwerk. Meine Frau, mein Junge, ich selbst — wir machen uns ein Vergnügen daraus. Wenn es also das ist, was Sie meinen . . .

Holzhändler (zögernd): Nein, das ist es nicht. Es ist nur das mit dem finnischen Holze, daß . . . daß . . .

Anatoli: Nun, was denn, Täubchen?

Holzhändler: Daß — ich keins hier habe. Sie können doch nicht Ihren Kinderwagen bis nach Mustamäggi schieben. Und auch das beste Uhrwerk hält das nicht aus

Anatoli: Ja, warum haben Sie das denn nicht gleich gesagt? Mein Gott, dann nehme ich eben russisches Holz.

Holzhändler: Einverstanden, Anatoli Feodorowitsch. Man kann eben nicht mit dem Kopfe durch die Wand, selbst wenn es von Holz ist.

Anatoli: Es ist doch aber gut abgelagert?

Holzhändler: Selbstverständlich. Ich werde doch Ihnen nichts Schlechtes aufschwatzen. Es brennt, wie Zunder . . . Nehmen Sie Kostromasches oder Pskower? Ich würde Kostromasches vorziehen. Das gibt eine Glut (beide reiben sich die Hände), eine Glut, wie . . . wie . . . Gas.

Anatoli (lacht): Aber — Gas haben wir ja nicht.

Holzhändler: Richtig. Aber — im Vertrauen — Kostromasches Holz habe ich auch nicht. Es ist wahrscheinlich irgendwo liegengeblieben.

Anatoli (seufzend): Daß bei uns in Rußland immer das Gute irgendwo liegenbleibt! Aber Ihr Pskower Holz, Jefim Grigorjewitsch, das . . . das ist doch . . . da??

Holzhändler (als höre er ihn nicht): Schlechte Ware! Schlechte Ware! Lassen Sie die Finger davon.

Anatoli (drängend): Aber . . . es . . . ist . . . doch . . . da???

Holzhändler (treuherzig): Herr, wenn es da wäre, was brauchte ich da so viel mit Ihnen hin und her zu reden?

Anatoli: O Du . . . Du . . .

Der Rest ist nicht gesellschaftsfähig. —

* * *

22. deutscher Ortskrankenkassentag.

Zum erstenmal während des Krieges famen in Dresden am 17. September die Vertreter der dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen angeschlossenen Krankenkassen zur satzungsmäßigen Tagung zusammen. Der Kongreß ist, wenn auch nicht so stark wie in Friedenszeit, doch von über 600 Delegierten besucht, die rund 5 300 000 Versicherte vertreten. An der Tagung nehmen zahlreiche Vertreter der Behörden teil, so zum erstenmal der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, nebst zwei Regierungsräten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertritt Reichstagsabgeordneter Bauer (Berlin) und den Verband der Bureauangestellten Reichstagsabgeordneter Giebel (Berlin).

Den ersten Vortrag hielt dann der Präsident des Reichsversicherungsamts, Geheimrat Dr. Kaufmann (Berlin), über

Zukunftsaufgaben der Krankenkassen.

Er betonte, das Reichsversicherungsamt habe volles Verständnis für die Forderungen des Tages. Neue und schwere Arbeiten habe der Krieg aber den Krankenkassen gestellt. Entgegen den bei Kriegsbeginn gehegten Befürchtungen hätten die Krankenkassen die Belastungsprobe glänzend bestanden. Die soziale Fürsorge müsse ein unangreifbarer Besitzstand des deutschen Volkes sein. Nicht heilen, sondern vorbeugen solle das Leitmotiv der Tätigkeit der Krankenkassen sein. In diesem Sinne hätten viele Kassen Vorzügliches geleistet. Eine weise Vorbeugung überträgt bewährte kaufmännische Grundsätze vom geschlichen auf das menschliche Gebiet. Zur Bekämpfung der Tuberkulose können die Kassen viel tun. Die Kranken sind sofort Heilstätten zu überweisen. Durch Wort, Schrift und Bild sollten die Kassen ihre Mitglieder zum Verständnis von Gesundheitsregeln erziehen. Wiederkehrende Untersuchungen der Kassenmitglieder können vielen gesundheitlichen Störungen vorbeugen. Auch bei Trunksucht ist ein Heilverfahren durchzuführen. Eine wirksamere Bekämpfung bedarf es bei den Geschlechtskrankheiten. Zielbewußtes Vorgehen gegen diese am Marke des Volkes zehrende Seuche ist ein dringendes Gebot der Stunde. Versicherungsanstalten und Krankenkassen müßten hier gemeinsam arbeiten. Zu begrüßen ist, daß einzelne Kassen ihren Mitgliedern zur Pflicht gemacht haben, bei Wahrnehmung einer geschlechtlichen Erkrankung den Arzt aufzusuchen. Der Schaden für das Nationalvermögen durch die Geschlechtskrankheit wird auf jährlich 100 Millionen Mark geschätzt. Die Krankenhausbehandlung muß hier mehr wie bisher eintreten. Ohne Zwangsbehandlung werden wir in Zukunft auf diesem Gebiet nicht auskommen.

Tuberkulose, Geschlechtskrankheit und Trunksucht stehen in engster Beziehung zur Wohnungsfürsorge. Die Verbesserung der Wohnungsfürsorge ist für eine nachhaltige Bekämpfung der drei Volksseuchen von großer Bedeutung. Die Wohnungsfürsorge dient der Krankheitsverhütung und gehört in den Aufgabenkreis der Krankenkassen, sie dürfen hierfür Mittel aufwenden. Eine neue Aufgabe hat den Krankenkassen die Kriegsbeschädigtenfürsorge gebracht. Unsre Zeit duldet keine brachliegende wertvolle Arbeitskraft. Die Kassen werden bei frei werdenden Stellungen Kriegsbeschädigte berücksichtigen müssen. Eine pflegerische Tätigkeit ist bei den Kriegsverstümmelten auszuüben. Die Aufgaben der Ortskrankenkassen müssen auch auf den Dreiklang Kind, Mutter und Familie eingestimmt werden. Niemals waren die hier zu erfüllenden Aufgaben so groß wie jetzt. Dabei sind besonders die unehelichen Kinder zu schützen. Die Kriegswochenhilfe hat wirkungsvoll eingesetzt, es ist zu hoffen, daß sie auch im Frieden fortdauern wird. Hinzuwirken ist auch auf die Verminderung der Säuglingssterblichkeit, daß den Säuglingen die natürliche Nahrung, die Muttermilch, nicht verlorengeht. Zu den Aufgaben der Krankenkassen gehört auch der Ausbau der Familienhilfe. Jedem Angehörigen des Versicherten muß ärztliche Hilfe gewährleistet sein. Der Referent besprach dann noch die Bekämpfung des Geburtenrückgangs, wobei auch die Krankenkassen helfen sollten, und sprach zum Schlusse die Hoffnung aus, die Ortskrankenkassen bei der Erhaltung und Vermehrung unsrer lebendigen Kräfte in erster Reihe zu finden. (Lebhafter Beifall.)

An das Referat schloß sich keine Aussprache. Als seine detaillierte Ergänzung ist der nächste Tagesordnungspunkt:

Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen

anzusehen, der sich in drei Vorträge gruppierte. Zunächst sprach Oberarzt Dr. Rott (Berlin) über die Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Die Frage der Fürsorge für Lungenkranke behandelte Oberstabsarzt Dr. Beschorner (Dresden).

In der Aussprache über diese beiden Vorträge wies Gräf (Frankfurt a. M.) darauf hin, die wichtigste Mehrleistung der Krankenkassen sei Mutter- und Kinderfürsorge. Die Wochenhilfe müßte erhalten bleiben. In der Fürsorgetätigkeit dürften die Krankenkassen den bestehenden Instituten keine Konkurrenz antragte, daß die Krankenkassen dort, wo Hauspflegevereine bestehen, diese fördern. Zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit gehöre auch, daß dem Wucher auf dem Lebensmittelmarkt kräftig Einhalt geboten wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Kohn (Berlin) sagte, die Ausführungen über die Tuberkulosefürsorge seien eine Mahnung an die Krankenkassen, die Krankenkontrolle auszubauen. Die Krankenkontrolleure müßten die Wohnungen der Patienten untersuchen und eventuell auf Abhilfe dringen.

Präsident Kaufmann ging noch auf die Frage ein, was mit den Lungenkranken im dritten Stadium, den Unheilbaren, getan werden soll. Diese Kranken sollten nicht in die Heilstätten hineingebracht werden, sie gehörten in die Krankenhäuser, die besonders dazu ausgebaut werden sollten. Die Beziehungen dieser Kranken zu den Ihren sollten möglichst aufrechterhalten bleiben.

Nach weiteren kurzen Ausführungen wurden Leitsätze im Sinne der Vorträge, die als Richtlinien für die fernere Tätigkeit der Krankenkassen gelten sollen, einstimmig angenommen.

Ueber die Errichtung einer Ausstellungsvereinigung der Ortskrankenkassen verbreitete sich hierauf Direktor Albert Kohn (Berlin). Einem Entwurf für die Vereinigung wurde zugestimmt und eine Kommission für diese Tätigkeit gewählt.

Einen sehr interessanten Vortrag über die Fürsorge für Geschlechtskranke hielt sodann Sanitätsrat Doktor Cohn (Dresden). Seine Grunddarlegungen gehen dahin: Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist in erster Linie Sache der Krankenkassen. Durch die Erscheinungen während des Krieges werden die Kassen genötigt, sich dieser Aufgabe in erhöhtem Maße zu widmen. Die dadurch entstehenden Mehraufwendungen, auch für vorbeugende Maßnahmen, müssen ohne Rücksicht auf ihre Höhe von den Kassen getragen werden. Dabei haben folgende Gesichtspunkte zu gelten: Die Fürsorge muß in diskreter Weise einsetzen. Geschlechtskranke müssen so schnell als möglich einen in diesem Fache besonders erfahrenen (Spezialist) Arzt aufsuchen können; in einzelnen dringenden Fällen auch ohne vorher den Nachweis des Anspruchs auf freie ärztliche Behandlung beizubringen. In den meisten Fällen ist es möglich, Geschlechtskranke ohne Krankenhauspflege zu behandeln. Bei Zuwiderhandeln gegen die ärztlichen Vorschriften soll Uebersendung in ein Krankenhaus erfolgen. Die Beratungsstellen kommen im allgemeinen für Kassenangehörige in frischen Erkrankungsfällen nicht in Betracht, wohl aber für die Heranziehung der nicht geheilt aus der Behandlung fortbleibenden Kranken. Wünschenswert ist es, wenn sämtliche Krankenkassen eines Bezirks, in dem sich eine Beratungsstelle nicht befindet, eine gemeinsame Meldestelle für Geschlechtskranke errichten. —

* * *

Notizen.

„Ueberraschende Friedensvorschläge". Der Mailänder Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, daß die österreichisch-deutsche Antwort auf die päpstliche Note den Vatikan erreicht hat. Die Antwort enthalte neue und überraschende Friedensvorschläge. In Wien sei man sehr optimistisch und erwarte den Frieden vor Beginn des Winters. Offiziöse Blätter sprächen mit inspirierter Einstimmigkeit von dem großen Entgegenkommen Oesterreichs und Deutschlands zur Erlangung des Friedens. —

*

Italienische Grenzsperre. Seit einigen Tagen ist von Italien die italienisch-schweizerische Grenze völlig abgesperrt worden, und zwar wird die Sperre mit äußerster Schärfe durchgeführt. Niemand wird von Italien hinein oder von dort herausgelassen. Auf der Grenzstrecke Como—Chiasso ist jeder Eisenbahnverkehr eingestellt worden. Auf dem Luganer See wurde den Schweizer Dampfern an den italienischen Haltestellen durch Zeichen vom Lande bedeutet, das Anlegen zu unterlassen. Alle Nachrichten über die Vorgänge in Italien fehlen. Gerüchtweise verlautet, die Sperre stehe mit der innerpolitischen Lage in Italien im Zusammenhang; jedoch sind derartige Gerüchte mit großer Vorsicht aufzunehmen. Der Berner „Bund" meldet: In Bank- und Börsenkreisen gehe das Gerücht, es seien in Oberitalien wieder Straßenaufläufe vorgekommen. Das Blatt meldet ferner, daß selbst die diplomatischen Kuriere nicht mehr über die Grenze gehen dürfen. Der Schweizer Kurier wurde in Mailand zurückgehalten, der italienische Kurier konnte in Chiasso sein Felleisen nicht mehr über die Grenze bringen. Nicht nur der Zug-, sondern auch jeglicher Postverkehr sei vollständig unterbrochen; die schweizerische Simplonpost wurde in Iselle zurückgehalten. Telegramme für Italien werden noch angenommen, von Italien trafen seit Sonnabend keinerlei Telegramme mehr ein. —

*

Der Kosakengeneral beseitigt? Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Kaledin ist von seiner Stellung als Hetman der Kosaken zurückgetreten. —

*

Amerika stellt die Ausfuhr ein. Das holländische Nieuw Bureau meldet: Die amerikanische Ausfuhrkommission bestimmte, daß nach dem 20. September keine Schiffsladungen nicht deklariert werden für die skandinavischen Staaten, die Schweiz, Holland, Spanien, Griechenland oder nach den von den Zentralmächten besetzten Gebieten. Auch die Ausfuhr von Lebensmitteln nach dem besetzten Belgien wird eingestellt. Der Mangel an Frachtraum dürfte, neben der Absicht, die Neutralen den Wünschen des Vielverbandes gegenüber gefügiger zu machen, die Ursache dieser Maßnahme sein. —

*

In Grund gebohrt. Havas meldet: Das Patrouillenschiff „Jeanne I" ist in der Nacht zum 7. September von einem Kauffahrteischiff in den Grund gebohrt worden. Der Kapitän und 19 Mann der Besatzung sind ertrunken. —

* * *

Artillerie im Westen.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 18. September 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wiederholten die Engländer auch gestern ihre starken Feuerstöße gegen einzelne Abschnitte zwischen dem Houthulster Wald und der Lys. Es fanden nur kleine Infanteriekämpfe statt, bei denen die angreifenden englischen Abteilungen durchweg zurückgeworfen wurden. Unsre Artillerie hat die Bekämpfung der feindlichen Batterien mit voller Kraft wieder aufgenommen.

Zwischen La-Basse-Kanal und Lens sowie von der Somme bis an die Oise war die Gefechtstätigkeit lebhaft.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Beiderseits der Straße Laon—Soissons und auf dem rechten Maas-Ufer erreichte die Kampftätigkeit der Artillerien zeitweilig beträchtliche Stärke. An mehreren Stellen entwickelten sich Vorfeldgefechte, die für uns günstig verliefen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Westlich von Apremont brachten Sturmtrupps von einem Handstreich gegen die französischen Stellungen eine Anzahl Gefangene zurück.

Oberleutnant Berthold schoß wieder zwei Gegner im Luftkampf ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Bogen um Luzk, am Unterlauf des Zbrucz und in den Bergen östlich des Beckens von Kezdivasarhely zeigte sich der Feind rühriger als in letzter Zeit.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

führten die Rumänen westlich des Sereth nach ausgiebiger Feuervorbereitung bei Barnita und Muncelul mehrere Teilangriffe, die verlustreich scheiterten.

An der Rimnic-Mündung wurden bei einem eignen Unternehmen Gefangene gemacht.

Mazedonische Front:

Keine größern Gefechtshandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170919-11/fragment/page=0003

Wie Kriegsgewinne erfaßt werden.

Die Veranlagung zur Kriegsgewinn- und Besitzsteuer hat im Kreise Salzwedel recht eigenartige Ergebnisse gezeitigt, die insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung großen Unwillen hervorgerufen haben. Bei näherer Betrachtung der Veranlagungsergebnisse erscheint dieser Unwille auch nicht unberechtigt. Es bestehen bei der Veranlagung solche krassen Ungleichheiten, daß wohl die Annahme, die Kriegsgewinne seien nur zum geringen Teile steuerlich erfaßt und dem Staate werden die erwarteten Einnahmen nicht zufließen, voll berechtigt erscheint.

Man muß die Frage aufwerfen, wie es möglich sein kann, daß z. B. der Landwirt K. in X., Besitzer eines schuldenfreien Hofes in Größe von 250 Morgen und einem Barvermögen von rund 100 000 Mark mit 1100 Mark veranlagt ist, während dagegen der Grundsitzer B. in Y., Besitzer von einem Hof in Größe von 80 Morgen, der mit 12 000 Mark Hypotheken belastet ist und der kein Barvermögen besitzt, 1300 Mark zahlen soll. Der Amtsvorsteher Sch. (Amtsvorsteher haben fast ausnahmslos größere Höfe) zahlt 200 Mark, der Grundsitzer Sch. (Grundsitzer sind Besitzer kleinerer Höfe) zahlt dagegen 700 Mark. Solche Beispiele könnten wohl aus jeder Ortschaft des Kreises angeführt werden.

Daß nach solchen Ergebnissen der Steuerveranlagung alle Kriegsgewinne des Kreises zur Steuer herangezogen worden sind, ist daher wohl anzuzweifeln. Die Veranlagung hat zu einem solch unglaublichen Resultat geführt, daß es sicher der Aufbesserung durch Nachveranlagung unter Berücksichtigung vorhandener untrüglicher Grundlagen bedarf.

Es kann auch durchaus nicht so schwierig sein, die Kriegsgewinne tatsächlich zur Steuer heranzuziehen. Die Betriebsart der landwirtschaftlichen Betriebe ist nämlich in der Ultmark fast ausnahmslos die gleiche. Es muß daher auch der Gewinn der gleiche sein, wenn bei Berechnung desselben die Größe der bearbeiteten Fläche und die Qualität des Bodens berücksichtigt wird. Zur leichteren Erfassung der Kriegsgewinne kommt der Steuerbehörde noch zustatten, daß die Vermögensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung ziemlich bekannt sind. Das Beieinander- und Miteinanderleben der ländlichen Bevölkerung verschafft Einblick in die Vermögensverhältnisse jedes einzelnen.

Allgemein erscheint die Veranlagung zur Kriegsgewinn- und Besitzsteuer bei mittleren und größeren Besitzungen zu niedrig, während kleinere Besitzungen vielfach zu hoch veranlagt sind. Nach sachverständigem Urteil ist in den drei Kriegsjahren auf 100 Morgen Land ein normaler Gewinn von 9000 bis 10 000 Mark erzielt. Wenn Frühkartoffelbau forciert wurde, ist der Gewinn höher. Bei außergewöhnlichen Verlusten durch Viehsterben oder Ausfall der Ernte durch besondere Umstände würde ein geringerer Gewinn zu berechnen sein. Die letzteren beiden Fälle waren in den Gemeinden ebenso bekannt wie ein das normale Maß übersteigender Gewinn.

Die Landwirte haben aber nicht allein durch die höheren Preise für ihre Produkte wesentlich höhere Einnahmen gehabt, sondern ihr Gewinn ist auch dadurch günstig beeinflußt worden, daß ihnen Gefangene zu recht günstigen Bedingungen zur Arbeit gestellt wurden. Während in Friedenszeiten der Landwirt für einen männlichen Arbeiter neben der freien Beköstigung pro Woche rund 10 Mark an Lohn aufzuwenden hätte, bekommt er für jeden von ihm beschäftigten Gefangenen noch einen Zuschuß zur Verpflegung in Höhe von 4,20 Mark pro Woche und hat nur einen Lohn von 1,80 Mark pro Woche an den Gefangenen zu zahlen. Es ist dies eine ungewöhnliche Begünstigung der Landwirtschaft und es ist wohl nicht zuviel behauptet, daß die gesamte Kriegsgewinnsteuer der Landorte des Kreises Salzwedel nicht den Betrag erreicht, der den Landwirten in Form von Verpflegungszuschuß für Gefangene in den drei Kriegsjahren gezahlt ist. Schätzungsweise beläuft sich der Verpflegungszuschuß, den die Landwirte des Kreises Salzwedel in den drei Kriegsjahren erhalten haben, auf 4 Millionen Mark.

Es wäre erfreulich, wenn eine gründliche Nachprüfung und nochmalige Veranlagung der Kriegsgewinnsteuer im Kreise Salzwedel erfolgen würde. —

Neue Bestimmungen über Arbeiterschutz.

Der Reichskanzler hat ein Rundschreiben an die Bundesregierungen gelangen lassen, in dem er für besseren Schutz der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter eintritt. Das Schreiben ist in seinem ersten Teil eine einzige große Anklage über die ungenügend eingehaltenen Arbeiterschutzbestimmungen für die genannten Arbeiterkategorien. Der Kanzler sagt, die amtlichen Zusammenstellungen hätten erkennen lassen, daß die im Reichstag und in der Presse immer wiederholten Klagen über unzureichenden Schutz der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter nicht unbegründet seien. Die zuständigen Behörden hätten in so weitgehendem Maße Ausnahmen zugelassen, daß es beinahe der Aufhebung der Schutzbestimmungen gleichkomme. Auch die Regelung der Arbeitszeit müsse Bedenken erregen. Nicht selten sei eine regelmäßige tägliche Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter bis zu 15 Stunden einschließlich der Pause zugelassen. Für Arbeiterinnen seien sogar 12stündige Nachtschichten und 24stündige Wechselschichten gestattet worden. Derartige Bewilligungen seien sogar ohne jede Befristung und ohne Vorbehalt erfolgt.

Die Bewilligung so zahlreicher und weitgehender Ausnahmen müsse zu ernsten Bedenken Anlaß geben, denn es stehe zu befürchten, daß durch die übermäßig lange Arbeitszeit und die Nachtarbeit sowohl die Gesundheit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter Schaden leidet, also auch ihre Leistungsfähigkeit bedenklich zurückgeht. Auf Anregung des Kanzlers hat jetzt das Kriegsamt die Kriegsamtstellen angewiesen, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß die Ueberarbeit und Nachtarbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern möglichst eingeschränkt wird und daß die Anträge von Unternehmern um Bewilligung von Ueberarbeit und Nachtarbeit nur dann befürwortet werden, wenn wichtige Kriegsaufgaben sich ohne diese Ueber- und Nachtarbeit nicht erreichen lassen. Weiter hält der Kanzler es für nötig, daß die früher auf unbegrenzte Zeit erteilten Genehmigungen mit angemessener Frist zurückgezogen werden und erst nach erneuter Prüfung der Sachlage eine weitere Ausnahme, und zwar immer nur für eine bestimmte Zeit, widerruflich bewilligt wird, unter dem Vorbehalt, daß sie zurückgenommen wird, sobald die Bedingungen, unter denen sie erteilt worden ist, nicht innegehalten werden, oder wenn sich daraus Unzuträglichkeiten ergeben.

Bei Genehmigung von Nacht- und Ueberarbeit wird grundsätzlich vorzuschreiben sein, daß schwache und kränkliche Personen, schwangere und stillende Frauen sowie Arbeiterinnen unter 18 Jahren nicht herangezogen werden dürfen und daß die Bestimmungen des § 137 Abs. 6 der Gew.-Ordn. (betr. Nichtbeschäftigung der Wöchnerinnen während 3 Wochen) unter allen Umständen in Kraft bleiben. Endlich können die Genehmigungen auch davon abhängig gemacht werden, daß für die Arbeiter und besonders für die Arbeiterinnen ausreichende und gut eingerichtete Umkleideräume, Speiseräume, Aborte, Krippen und andre Wohlfahrtseinrichtungen eingerichtet oder die vorhandenen besser ausgestaltet werden. Den Arbeitern ist von den Ausnahmebewilligungen und den dabei vorgeschriebenen Bedingungen durch Aushang in den Betriebsräumen Kenntnis zu geben.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind von den Anregungen des Reichskanzlers unterrichtet worden und mit den erforderlichen Anweisungen versehen. —

Aus der Parteibewegung.

Reorganisation in Reuß ä. L. Nachdem die Unabhängigen die Organisation in Reuß ä. L. gesprengt hatten, trat kürzlich die alte Organisation zu einer Generalversammlung zusammen. Der Vorsitzende, Genosse Fischer, berichtete über die Verhandlungen mit den „Unabhängigen" wegen Herausgabe des Geldes und des Vereinsinventars. Diese Verhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt, denn die „Unabhängigen" hatten am selben Tag eine Vertreterkonferenz einberufen, die sich mit der Frage zu befassen hatte. Sodann referierte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Cohen (Berlin), über „Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg". Die Versammelten erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden und nahmen einstimmig folgende Resolution an: „Die am 9. September zusammengetretene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Reuß ä. L. erklärt, daß sie mit der Haltung der Reichstagsfraktion einverstanden ist. Sie billigt außerdem die Bemühungen der Fraktion zur Anbahnung des Friedens und zur freiheitlichen Ausgestaltung der deutschen und preußischen Verfassung. Die Generalversammlung verspricht alles zu tun, was geeignet ist, die Zerspltterungsbestrebungen der sogenannten „Unabhängigen" Sozialdemokratie zu durchkreuzen und ersucht die reußischen Arbeiter und Arbeiterinnen, der bisherigen sozialdemokratischen Organisation, die Treue zu bewahren." Nachdem noch Genosse Fischer über die Verhandlungen des reußischen Landtags Bericht erstattet hatte — die Versammelten erklärten sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion einverstanden —, sprach Genosse Leber über den bevorstehenden Würzburger Parteitag. Als Delegierter zum Würzburger Parteitag wurde Genosse Fischer gewählt. Sodann referierte Genosse Leber über die Verhandlungen wegen Einführung eines Parteiblattes, das den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei vertritt. Er ersuchte noch um etwas Geduld und empfahl eine einstimmig angenommene Erklärung, die in der „Reußischen Volkszeitung" veröffentlicht werden soll, damit die Genossen im Fürstentum die Wahrheit über die Tätigkeit der „Unabhängigen" erfahren. —

Einigungsstreben. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Mülhausen i. Els. richtete einstimmig folgenden Antrag an den Würzburger Parteitag:

Der Parteitag wolle beschließen: eine Sonderkommission von sieben Personen zu wählen, welche durch Verhandlungen mit der „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei" die Bedingungen für eine Wiedervereinigung festzustellen hat. Dem nächsten Parteitag ist Bericht zu erstatten, eventuell sind Einigungsvorschläge vorzulegen.

Zur Begründung des Antrags führte der als Delegierter zum Parteitag gewählte Antragsteller aus, daß neben den sachlichen Grundsätzen auch die Trübung der persönlichen Beziehungen wesentlich zur Verschärfung des Konflikts beigetragen habe. Es sei bei der ungeheuern Wichtigkeit, die gerade nach Abschluß des Krieges eine geschlossene Arbeiterbewegung habe, unerläßlich, daß der Versuch gemacht werde, die Teilung in zwei Parteien wieder zu reparieren. Daher halte er eine Sonderkommission für nötig. Wenn ein oder zwei Mitglieder des Parteivorstandes und Parteiausschusses darin seien, so schade das nichts. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder solle aber aus solchen Parteigenossen bestehen, die nicht gerade im Vordertreffen des Streites gestanden haben. Die Masse der Parteigenossen sei einig über die unbedingte Notwendigkeit der Wiedervereinigung. —

Kleine Chronik.

Zugzusammenstoß.

Aus Neuwied wird amtlich gemeldet: Heute früh um 6 Uhr fand auf dem Bahnhof Willmenrod ein Zusammenstoß zwischen den Personenzügen Nr. 3982 und 3981 statt. Die Kreuzung der beiden Züge soll planmäßig in Wilsenroth erfolgen, war aber wegen Verspätung nach Willmenrod verlegt worden. Sieben Personen sind tödlich verunglückt und achtzehn verletzt, zum Teil schwer. Hilfszüge von Koblenz und Limburg waren mit Aerzten und Hilfspersonal bald zur Stelle, um Tote und Verwundete zu bergen. Die Strecke Willmenrod—Limburg war infolge des Unfalls 10 Stunden gesperrt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Schuld trifft nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung den Lokomotivführer des nach Limburg fahrenden Personenzugs 3982, der von Willmenrod abgefahren war trotz des ihm schriftlich ausgehändigten Befehls, die Kreuzung mit dem Gegenzug abzuwarten. —

Hunderte von Gänsen verdorben.

Am 22. August, vormittags 8 Uhr 36 Minuten, wurde, wie der „Welt am Montag" geschrieben wird, eine Eisenbahnladung geschlachteter Gänse, zirka 200 bis 300 Stück, von Berlin-Lichterfelde mit Zug 8985 der Fleischvernichtungsanstalt Rüdnitz zur Vernichtung zugeführt. Abgangsstation war Berlin Ostbahnhof. Die Gänse waren total verdorben, äußerlich ganz blau und gänzlich von Maden durchsetzt, zur menschlichen Nahrung nicht mehr geeignet. Wo mag da der Schuldige zu suchen sein? —

Mädchenkleider und Knabenanzüge
aus guten Waschstoffen in großer Auswahl preiswert
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Dr. Ed. David M.d.R.:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungskonkurrent. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1,— Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Kriegsanleihe-Versicherung der Iduna
Mit großen Vorteilen ausgestattete Sondereinrichtung!
Keine ärztliche Untersuchung ——— Keine Wartezeit
Kriegsgefahr sofort eingeschlossen
Gesunde **Personen von 10 bis 50 Jahren** können
300 bis 10 000 Mark Kriegsanleihe versichern
Fallende Beiträge; die Verminderung entspricht einer Zinsvergütung von 5%
Man verlange Drucksachen bei den Vertretern oder der Direktion in **Halle**
Mitarbeiter werden gesucht 5178

Im Hause Große Ulrichstraße 27
großer Laden
mit 2 Schaufenstern zu vermieten. Näheres bei 1 Tr. b. **Herm. Stockner.**

Stadt-Theater.
Donnerstag den 20. September
Anfang 7½ Uhr Ende 10¼ Uhr
Moral
Lustspiel von Ludwig Thoma.
Freitag den 21. September
Tiefland.

Umpreßhüte
werden angenommen.
Lieferzeit drei Wochen.
Preis 2.25—2.50 Mk.
Große Auswahl neuer Damen- und Kinder-Hüte.
Fritz Mösenthin
Burgstr. 1 (gegenüber Gasthof Zum Mohr).

U.T. **Leipziger Strasse 88**
Fernruf 1224.
Der Liebling der Hallenser
Henny Porten
in
Gefangene Seele
Drama in 4 Akten. 250
Vorführung: 4.50 6.50 9.20.
Freikarten haben nur bis 6 Uhr Gültigkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170919-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 95. Halle, Mittwoch den 19. September 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. September 1917.

Illustrationen zu den Wilson-Protesten.

Gegen die Reichstagsmehrheit! — Für die Kriegsanleihe!

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht ein Rundschreiben der Rektors der Universität Göttingen an die Professoren und Dezernenten mit folgender Erklärung:

Die unterzeichneten Lehrer deutscher Hochschulen, unbeeinflußt von Ansichten irgendeiner Partei, frei von Sonderinteressen jeder Art, einzig und allein erfüllt von schwerer Sorge um die Zukunft des Vaterlandes, erklären hiermit: daß nach ihrer Ueberzeugung die jetzige Mehrheit des vor fast sechs Jahren unter völlig andern Verhältnissen gewählten Reichstags es nicht für sich in Anspruch nehmen kann, gegenüber den heute zur Entscheidung stehenden Lebensfragen den Volkswillen in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck zu bringen. Sie sprechen die feste Zuversicht aus, daß es den berufenen Leitern von Heer und Staat gelingen wird, allen äußern und innern Widerständen zum Trotz einen Frieden zu erringen, wie ihn Deutschland für sein Leben und Gedeihen braucht.

In der Begleitschrift des Rektors wird hierzu hauptsächlich ausgeführt:

Die Anregung geht von außerakademischen Stellen aus, die den Wunsch geäußert haben, die Hochschullehrer, da sie von allen Kreisen der Gesellschaft am wenigsten dem Vorwurf eigennütziger Sonderinteressen ausgesetzt sind, möchten mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie aussprechen, was die Ueberzeugung von Millionen ist.

Der Wortlaut der Erklärung ist zwischen Angehörigen der benachbarten Hochschulen Freiburg, Hohenheim, Straßburg, Stuttgart und Tübingen vereinbart. Die Urheber, die selbst verschiedenen Parteien angehören, legen Wert darauf, festzustellen, daß sie mit diesem Schritte keinerlei praktische politische Maßregel, insbesondere keine Auflösung des Reichstags, herbeiführen wollen. Sie wünschen lediglich die Stellung einer ihrer Verantwortung bewußten Regierung zu stärken, indem sie der in weiten Kreisen vorhandenen Stimmung Ausdruck verleihen. —

Auch auf dem Kollegenkreis unsrer Universität lastet schwer die Sorge über das von parteipolitischem Intrigenspiel so offenkundig durchsetzte Verhalten des parlamentarischen Blockes. Es waren bereits Besprechungen eingeleitet, von uns aus eine Kundgebung zur Stärkung der berufenen Regierungsleitung zustande zu bringen. Darum möchte ich allen Kollegen dringend ans Herz legen, die vorgelegte Erklärung unterzeichnen und umgehend an mich zurücksenden zu wollen. Mannhaftes Bekenntnis zu einer besonnenen charaktervollen Regierung tut jetzt not.

Zugleich erläßt der Deutsche Städtetag folgende Kundgebung:

Niemals bisher mangelte dem deutschen Volke der kraftvolle ureigne Antrieb, wenn es galt, das Vaterland mit Mitteln zu rüsten, deren es zur Selbstbehauptung bedarf. Ob die erste, sechste oder siebente Kriegsanleihe, der unbeugsame Wille bleibt derselbe. Dieses Mal rief der Präsident der Vereinigten Staaten durch seine auch im Kriege völkerrechtswidrige Einmischung in die innern Verhältnisse eines andern Staates uns unfreiwillig zu noch erhöhter Opferfreudigkeit auf. Von den deutschen Städten, die im Ringen um die Entwicklung des Staatslebens und um die freie Selbstverwaltung gewiß nicht zurückstehen, möge er die Antwort hören: Den Weg zu seinen Idealen, zum rechten Staatsbürgertum, zu Glück und Freiheit bahnt das deutsche Volk sich selbst. Die Bürgerschaft der deutschen Städte aber und das ganze Volk werden die Antwort durch die Tat erteilen, durch Geben und Werben für die siebente Kriegsanleihe. —

Mieterschutz durch Amtsgerichte.

Der Bundesrat hatte bekanntlich im Juli d. J. eine Verordnung erlassen, die bezweckte, zugunsten der Mieter unberechtigten Mietsteigerungen und Kündigungen der Vermieter entgegenzutreten. Danach sollten die Gemeinden berechtigt sein, Einigungsämter zu errichten, denen durch besondere Verfügung des Ministers die Befugnis beigelegt werden konnte, Kündigungen und gegebenenfalls auch neu geschlossene Mietverträge aufzuheben. Von vielen Orten ist nun Klage darüber erhoben worden, daß diese gemeindliche Einrichtung der Mieteinigungsämter nicht so rechtzeitig Fortschritte macht, um für die zum 1. Oktober erfolgten Kündigungen ausgenutzt werden zu können. Da es aber sehr schwer ist, im Wege des obrigkeitlichen Zwanges auf die rechtzeitige Einrichtung der Aemter hinzuwirken, ist jetzt in einer andern Weise Abhilfe geschafft worden.

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß dort, wo Einigungsämter nicht bestehen, die ordentlichen Gerichte die entsprechende Tätigkeit auszuüben haben. Wo also Mieter über ungerechtfertigte Kündigungen oder Steigerungen sich beklagen, können sie, wenn im Bezirk der Mietsache ein Einigungsamt oder eine entsprechend eingerichtete andre Stelle nicht besteht, in Zukunft das Amtsgericht in Anspruch nehmen. Es ist zu erwarten, daß hiermit dem vorhandenen Bedürfnis auch insoweit, als es sich schon um die Oktoberkündigungen handelt, Genüge geschehen ist.

Im übrigen vergleiche man hierzu, was in bezug auf diese Frage in dem gestrigen Stadtverordneten-Bericht gesagt und beschlossen worden ist: daß nämlich die ersten Schritte auf ein Mieteinigungsamt hin getan werden sollen. —

---

* **In der geheimen Stadtverordneten-Sitzung,** die am Montag nach der öffentlichen stattfand, wurde das öffentliche Anschlagwesen an den bisherigen Pächter, Buchdruckereibesitzer Schwartz, auf 3 Jahre für 11 000 Mark neu verpachtet, gegen 9500 Mark bisher. Der „General-Anzeiger" fiel mit seinem Gebot von 12 000 Mark aus. Weiterhin nahm man eine Angahl Armenpflegerwahlen vor und genehmigte die Pensionierung eines Polizeisergeanten mit einem Ruhegehaltssatz von 1482 Mark sowie die Anstellung mehrerer Bureaugehilfen und Bureauassistenten. Einer Kriegerwitwe wurde ein Zuschuß von 600 Mark bewilligt.

* **Die Fortschrittler zur Neuorientierung.** Eine Bezirksversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei des Bezirks Halle, die am Sonntag hier im St. Nikolaus tagte und der u. a. die Abgeordneten Koch und Delius beiwohnten, beschäftigte sich mit Wahlen, wobei als Vorsitzender Justizrat Herzfeld wiedergewählt wurde, mit Agitationsfragen, den Arbeiten des Reichstags und der Neuordnung in Preußen. Zu dieser Frage betonte der Referent Abg. Delius u. a., daß die Fortschrittliche Partei für Abschaffung des Herrenhauses eintrete, eventuell wolle man an dessen Verbesserung mitarbeiten, in der Weise, daß der größte Teil der Mitglieder aus allgemeinen Wahlen hervorgehe. Auf die Parlamentarisierung könne die Partei nicht verzichten. Das Volk müsse mehr Anteil an der Regierung erhalten. Die Versammlung nahm schließlich zwei dementsprechende Resolutionen an. In der einen wird die Zustimmung des Kaisers begrüßt und erwartet, daß die kommende Wahlrechtsvorlage neben der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts eine Neueinteilung der Wahlkreise und die Verhältniswahl für die großen Wahlkreise bringen werde. In der zweiten wird die Haltung der fortschrittlichen Reichstagsfraktion in der Frage der Friedensresolution gebilligt. Das deutsche Volk sei bereit, einen die künftige Sicherheit, die wirtschaftliche Entwicklung des Reiches und die Freiheit der Meere verbürgenden Verständungsfrieden zu schließen. —

* **Die städtische Sparkasse** hatte im August gegenüber dem vorhergehenden Monat einen stark gesteigerten Verkehr. Der Einlagebestand betrug am 31. Juli 62 081 560,60 Mark, gegen 55 701 352,46 Mark im Vorjahr. Einzahlungen erfolgten vom 1. bis 31. August 2 578 482,81 Mark, gegen 1 621 757,17 Mark im Vorjahr. Das sind zusammen 64 659 993,41, gegen 57 323 109,63 Mark im Vorjahr. Rückzahlungen erfolgten 2 101 266,13 Mark, gegen 1 479 969,36 Mark im Vorjahr. Sonach betrug der Bestand am 31. August 62 558 727,28 Mark, gegen 55 843 140,27 Mark im Vorjahr. —

* **Verblendeter Rassenhaß.** Dieser Tage hat hier eine Frau van Brakel über ihre Erlebnisse in französischer Gefangenschaft gesprochen. Darüber bringt nun auch die liberale „Saale-Zeitung" einen recht ausführlichen Bericht, und darin heißt es im Schlußteil: „Hat Voltaire einmal gesagt: Im Grunde genommen gebe es auf Erden keinen grausamern Menschen als den Franzosen — Frau van Brakel hat dafür die unwiderlegbaren Beweise erbracht. Sie erwirbt sich durch ihre Schilderungen das gar nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst, dem großen Publikum mehr und mehr die Augen zu öffnen über das, was die Franzosen in Wirklichkeit sind: von äußerstem Zynismus schlimmster romanischer Art beseelte Geschöpfe voll tiefster Dekadenz, die weder ein Ehrenwort noch irgendwelches Gefühl im deutschen Sinne oder gar die von ihnen stets in Anspruch genommene Ritterlichkeit ihr eigen nennen dürfen. So ergab es sich denn auch als notwendige Krönung des mit stärkstem Beifall aufgenommenen Vortrags, daß Frau van Brakel mit Rücksicht auf die geschilderten Tatsachen zwei Bitten aussprach. Einmal: nicht zu murren wegen dieser oder jener Entbehrungen, die uns der Krieg auferlegt, sondern immer wieder daran zu denken, welcher fürchterlichen Menschenklasse wir schonungslos im Fall eines undeutschen Friedens preisgegeben sein würden; zum andern aber, daß wir die Helden, die uns nun im vierten Jahre vor der kaum in Worte zu kleidenden Schrecklichkeit solcher Feinde beschützen, mit denkbar weitestgehendem Entgegenkommen an Gefühl und materiellen Gaben bei ihrer Rückkehr und für alle Zukunft begrüßen sollen! Könnte doch jeder Deutsche, jede Deutsche Ly van Brackel hören! Vielleicht spricht sie noch einmal in Halle?" Wir fügen diesen Worten nichts hinzu, sondern lassen sie für sich wirken. Sie zeigen zu deutlich, welche Verwilderung der Krieg selbst in angeblich liberalen Blättern anrichten kann. Humoristisch wirkt aber dabei, daß hier zugleich gegen einen Verständigungsfrieden losgelegt wird (und das bedeutet doch die Redewendung von dem „undeutschen" Frieden), während sich am Sonntag erst die eigne Partei hier in Halle dafür ausgesprochen hat! —

* **Vorläufig keine neuen elektrischen Anschlüsse.** Im Auftrag und namens des Reichskommissars für Elektrizität und Gas ordnet die Kriegsamtstelle Magdeburg für die Zwischenzeit bis zum Erseinen der Verfügung zur Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit folgendes an: Neuanschlüsse und Erweiterungen bestehender Anlagen sind verboten. Bei Anlagen mit einem Anschlußwert bis zu 5 Kilowatt im ganzen ist der Vertrauensmann befugt, in außergewöhnlich dringenden Fällen widerrufliche Ausnahmen zuzulassen, solange dadurch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Betriebsmittel des Elektrizitätswerks nicht unzulässig beansprucht wird. Für Anschlüsse über 5 Kilowatt ist besondere Zustimmung erforderlich. Anträge sind an die zuständige Kriegsamtstelle zu richten. —

* **Der Städteverband Sachsen-Anhalt,** der die Städte bis zu 10 000 Einwohnern umfaßt, wird am 28. und 29. September in Magdeburg, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Stuhrmann zu Artern, eine Mitgliederversammlung abhalten, in der kommunale und kriegswirtschaftliche Fragen besprochen und ein Vortrag über die Verwaltungsreform gehalten werden soll. —

* **Eine Hallesche Lutherdenkmünze** wird von der Halleschen Museums-Gesellschaft in 400 Abgüssen (patiniertem Eisenguß) an ihre Mitglieder und Freunde herausgegeben. Sie zeigt Luther als den ausgereiften, sich der Tragweite seines Thesenanschlags voll bewußten, 34jährigen Mönch in fester Anlehnung an die besten Cranachbilder aus jener Zeit. Die Rückseite der Denkmünze bringt die Marktkirche mit den blauen Türmen im Vordergrund, in der Luther wiederholt gepredigt hat, wo er Justus Jonas eingesetzt hat, und in der er nach seinem in Eisleben erfolgten Tod aufgebahrt einen Tag auf seinem letzten Wege geruht hat. Der Entwurf stammt von dem Bildhauer Weidanz, Lehrer an der kunstgewerblichen Abteilung der hiesigen Handwerkerschule. —

* **Die bisherigen Anmeldungen zur Bestandsaufnahme von Fässern** entsprechen nicht den Erwartungen. Vor allem hat eine große Anzahl von Betrieben die Meldevordrucke noch nicht in Empfang genommen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß diese unverzüglich im Statistischen Amt abzuholen und sofort genau und sorgfältig ausgefüllt wieder zurückzugeben sind. Inhaber von meldepflichtigen Betrieben, die den Zählvorschriften nicht oder unvollständig nachkommen, haben die in der Bekanntmachung des Magistrats vom 10. September angedrohten Strafen zu gewärtigen. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich finde immer," fuhr der Steuermann fort, „daß die Frauenslente in diese Art Fälle besorgter sind als die Männer."

„Weichherziger," meinte der Kapitän.

„Es ist kein häßliches Gesicht nich, nu ich's genau besehn," sagte der getäuschte Steuermann, indem er es genau betrachtete.. „Es is mich so, als wenn ich schon jemand gesehn hätte, der ihn ganz ähnlich sieht — ein junges Mädel, glaub ich — aber's wo, kann ich nich sagen."

„Am Ende 'ne bärtige Dame auf 'n Jahrmarkt," bemerkte der Kapitän grob.

Die Unterhaltung wurde hier durch das Erscheinen Fiedjes unterbrochen, der, als er eine Photographie in der Hand des Steuermanns sah, sofort begann, die Butter wegzustellen. Ein Blick zeigte ihm, daß der Steuermann sie über Kopf hielt, und sein Gewissen sagte ihm, daß er das zu seinem speziellen Nutz und Frommen tue. Er wandte daher seinen Blick stramm von ihm ab, während er den Tisch abdeckte, und machte in seinem geistigen Hauptbuch, welches er mit größter Gewissenhaftigkeit für derartige Fälle führte, auf des Steuermanns Konto eine Debit-Eintragung.

„Jung'," sagte der Kapitän plötzlich.

„Käppen," entgegnete Fiedje.

„Ich glaub, Du bist 'n ziemlich schlauer Bengel. Hier nimm mal die Photographie hin."

Fiedjes Antlitz strahlte vor Freude. Er sah den Steuermann spöttisch an und nahm ihm die Photographie weg, wobei er aufmerksam ungefähr denselben Instruktionen lauschte, die der Steuermann kurz zuvor empfangen hatte.

„Und Du kannst sie mit nach vorn nehmen," schloß der Kapitän, „und den Leuten zeigen."

„Den Leuten?" fragte Fiedje ganz erstaunt. -

„Ja, den Leuten; sprech ich nich deutlich genug?"

„Sehr deutlich, Käppen," entgegnete der Junge, „aber Sie werden nur 'ne Konfusion anrichten, Käppen. Denken Sie doch bloß, der dicke Hinnerk und der Koch und Schorse!"

„Tu, wie ich Dir gesagt habe!" sagte der andre gereizt.

„Gewiß, Käppen," sagte Fiedje, „aber sie werden mich bloß 'ne Masse fragen, wer er is und was Sie mit ihm wollen."

„Nimm Du sie man mit nach vorn," befahl der Kapitän, „und sag ihn, daß da'n paar Goldstücke zu verdienen sind für den, der ihn zuerst findet."

Der Junge nahm die Photographie, und nachdem er sie nochmals genau beaugenscheinigt hatte, in der Absicht, einen Vorsprung in der Jagd nach dem Reichtum zu gewinnen, brachte er sie nach vorn. Der dicke Hinnerk hatte, wie es schien, genau den Mann nur zwei Tage vorher in Geestemünde gesehen; der Koch kannte seine Gesichtszüge so genau wie die seiner eignen Mutter, während Schorse ihn seit Jahren als einen alten und ehrenwerten Einwohner von Brake kannte. Fiedje begab sich zu dem Kapitän zurück, und nachdem er ihm diese Auskunft erteilt hatte, machte er bescheiden den Vorschlag, zunächst Lehe abzusuchen.

*

Es war Mitternacht, als sie den Anker aufwanden und langsam den Fluß hinunterglitten. Bremerhaven lag schweigend da, und die Punktlinien der Straßenlaternen schienen über einer schlafenden Stadt, als die „Seemöwe" langsam vorbeischwamm. Ein großer Dampfer pfiff laut nach dem Lotsenboot, und verursachte, den Lauf verlangsamend, als das kleine Fahrzeug vom Ufer hervorgeschossen kam, um ihn zu treffen, eine rechtzeitige Ablenkung der Melancholie des Kapitäns, indem er sich quer vor seinen Bug legte. Bis der Kapitän sich von dieser Frechheit völlig erholt und eine Tasse Kaffee getrunken hatte, die für ihn in der Kombüse gekocht worden, war Bremerhaven verschwunden, und seine freiwillige Suche hatte begonnen.

3. Kapitel.

Sie erreichten Nordermünde in vier Tagen — Tage, an denen der Kapitän, eine Beute sanfter Melancholie, das Kommando größtenteils dem Steuermann überließ, worauf die Melancholie ansteckend wurde, und als Hinnerks Handharmonika von dem energischen Steuermann gepfändet worden war, erhob das Mißvergnügen sein häßliches Haupt im Logis und belegte ihn mit unpassenden Namen, wenn er außer Hörweite war.

Sie liefen in den kleinen Fluß, an dem die altertümliche Stadt Nordermünde liegt, bei Dunkelwerden ein. Das Geschäft war für den Tag vorbei. Ein paar Fischer lungerten, mit der Pfeife im Munde, auf dem Kai herum, während der Lärm fröhlicher Zecher, der auf irgendeine geheimnisvolle Weise die Mannschaft an ihre Mission, Kapitän Häseler zu finden, erinnerte, durch die offenen Türen einer kleinen, gegenüberliegenden Kneipe hervordrang. Die Sanguinischsten erwarteten kaum, ihn gleich beim erstenmal zu finden, aber Hinnerk sagte, je eher sie zu suchen anfingen, desto besser. Wer konnte es wissen, vielleicht saß er gar in diesem Wirtshaus und wartete nur darauf, gefunden zu werden.

Sie gingen kurz darauf an Land und suchten ihn in der Kneipe, aber ohne Erfolg. Alles, was sie fanden, war ein ziemlich heißblütiger alter Mann, der, ärgerlich über des Kochs forschende Blicke, ihn barsch fragte, ob er was verloren habe, denn wenn es der Fall wäre, und er, der Koch glaube, daß er darauf säße, wäre er vielleicht so gut, es zu sagen. Nachdem der Koch hierauf in passender Weise entgegnet hatte, gingen sie fort, den Kai entlang zur nächsten Kneipe. Aber auch hier hatten sie kein Glück, denn, wie Schorse erklärte, war das Bier dort womöglich noch schlechter als an der ersten Stelle, und kein Mensch, der eine Zeitlang in dem Orte gelebt hätte, würde da sein Geld verzehren. Sie zogen daher abermals weiter, und als die Polizeistunde kam, hatten sie ihre Arbeit kaum halb beendet.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170919-11/fragment/page=0005

* **Neureglung des Papierverbrauchs.** Durch eine Bundesratsverordnung ist der Reichskanzler ermächtigt worden, Erhebungen über die Vorräte, die Lieferung, den Bezug und den Verbrauch von Papier, Karton und Pappe jeder Art anzuordnen und vorzuschreiben, daß über Lieferung, Bezug und Verbrauch Buch zu führen und Anzeige an eine von ihm zu bestimmende Stelle zu erstatten ist. Der Reichskanzler ist ferner ermächtigt worden, Anordnungen über Herstellung, Lieferung, Bezug und Verbrauch von Papier, Karton und Pappe zu treffen. Zur Deckung der entstehenden Verwaltungskosten kann der Reichskanzler den an dem Verkehr mit Gegenständen der genannten Art Beteiligten Beiträge auferlegen. —

* **Bewahrung von Kindern vor Brandstiftung.** Anläßlich eines Sonderfalls wird erneut darauf hingewiesen, daß es nach der Bestimmung des stellvertretenden Generalkommandos vom 19. September 1914 verboten ist, Kindern Streichhölzer, Feuerwerkskörper, Zigarren und Zigaretten zu verkaufen, sowie Kinder in der Nähe von Feldscheunen, Schobern (Diemen) sich selbst zu überlassen. Aufgabe der Eltern, Lehrer und Erzieher ist es, die Kinder in dieser Beziehung scharf zu überwachen und sie auf den zurzeit unersetzbaren Verlust hinzuweisen, der durch das Verbrennen von Nahrungs- und Futtermitteln für die Allgemeinheit entsteht. —

* **Entladung von Eisenbahnwagen auch an Sonntagen.** Es besteht die Gefahr, daß die Versorgung mit Gütern, insbesondere mit Kohle, bei einer Unterbrechung des Eisenbahngüterverkehrs während der Sonn- und Feiertage, die sich durch die Sonntagsruhe ergeben würde, ungünstig beeinflußt wird. Es ist deshalb unumgänglich notwendig, daß ein regelrechter Wagenumlauf auch während der Sonn- und Feiertage unbedingt gesichert wird und Stockungen im Umlauf unter allen Umständen vermieden werden müssen. Die Kriegsamtstelle Magdeburg weist deshalb darauf hin, daß die Ent- und Beladung der Eisenbahnwagen während aller Sonn- und Feiertage in gleicher Weise wie an den Werktagen stattfinden muß. Es sei vaterländische Pflicht aller Betriebe, auch an Sonn- und Feiertagen nichts zu versäumen, um die Güterzufuhr und -abfuhr in vollem Umfange durchzuführen. —

— **Ein Zuschlag zum Obstpreis.** Die Provinzialstelle für Obst und Gemüse gibt bekannt: Die Marmeladenfabriken müssen in diesem Jahre mehr als doppelt soviel Marmelade herstellen wie im Vorjahre. Denn wir bedürfen solcher unbedingt für den Brotaufstrich. Dies ist nur möglich, wenn die Anlieferungen sich auf einen längeren Zeitraum verteilen. Um die Erzeuger für diese Zurückhaltung des Marmeladenobstes zu entschädigen, wird ihnen vom 21. d. M. ab eine Aufbewahrungsgebühr von 1 Mark für den Zentner, steigend auf 1,50 Mark und schließlich vom 15. Oktober an auf 2 Mark, gewährt. Außerdem hat die Provinzialstelle, um ein Verderben von Obst zu verhindern, große Mengen Obst, insbesondere Birnen und Pflaumen zum Frischverzehr freigegeben. Sie wird dies auch weiter tun, soweit es sich mit dem großen Ziele der rechtzeitigen Sicherstellung genügender Marmeladenmengen irgendwie vereinen läßt. —

* **Aenderung der Schulferien.** Nach einer Mitteilung des Provinzialschulkollegiums werden die Michaelisferien um drei Tage gekürzt. Sie beginnen anstatt am 29. September erst am 4. Oktober. Wiederbeginn des Unterrichts ist am 11. Oktober. Diese 3 Tage werden den Weihnachtsferien zugelegt, die am 20. Dezember beginnen sollen. Wie lange die Weihnachtsferien dauern werden, hängt von der jeweiligen Lage ab. —

* × **Schwindel mit „Glanzstärke".** Seit einiger Zeit wird von Oberschlesien aus in allen Teilen Deutschlands Glanzstärke unter dem Namen „Hoffmanns Silberglanzstärke" in den Handel gebracht. Die Verpackung trägt die Warenschutzzeichen der Hoffmannschen Stärkefabriken in Bad Salzuflen. Für ein Karton mit vier Päckchen dieser Stärke werden im Kleinhandel 2,60 bis 3 Mark verlangt, während für einen Karton echte Hoffmannsche Silberglanzstärke früher 20 Pfg. bezahlt wurden. Die Erhöhung des Kleinhandelspreises wird damit erklärt, daß die Stärke jetzt in einer auf österreichischem Boden liegenden Fabrik der Hoffmannschen Stärkefabriken, A.-G., hergestellt und von dort aus unter Zahlung von hohen Zollgebühren oder sonstigen großen Unkosten nach Deutschland gebracht wird. Um die Täuschung, daß die Stärke aus Oesterreich eingeführt ist, wahrscheinlicher zu machen, tragen die Etikette der Stärkekartons den Aufdruck Preis 24 Heller. Es handelt sich um ein Schwindelfabrikat, das nach der chemischen Untersuchung durch das Hygienische Institut in Beuthen in Oberschlesien aus nur 17 Prozent Kartoffelmehl, wenig Borax und in der Hauptsache aus Gips besteht. Der Wert dieses Fabrikats beträgt nur wenige Pfennige. Der geforderte Kleinhandelspreis von 2,60 bis 3 Mark für einen Karton muß daher als wucherisch hoch bezeichnet werden. Die echte Hoffmannsche Glanzstärke gibt es nicht mehr, denn sie wird seit 2 Jahren nicht mehr produziert und die Bestände der Händler sind aufgebraucht. Das Publikum wird daher dringend vor dem Ankauf dieses Schwindelfabrikats gewarnt. —

* **Fürsorgezöglinge als Einbrecher.** Von der Strafkammer wird uns berichtet: Der 17jährige Fürsorgezögling Alexander Bernhardt war aus einer Fürsorgeanstalt in Westfalen entwichen und zu Fuß nach Spartau gelaufen. Hier vermietete er sich bei einem Gastwirt, brach nach zwei Tagen in die Speisekammer des Wirtes ein und stahl hier 14 Pfund Speck und Würste sowie aus einem andern Raum einen Rucksack, ein Hemd und ein Paar Strümpfe, worauf er sich davonmachte. In Erfurt wurde er später aufgegriffen und nach der Anstalt in Westfalen zurückgeführt. Er entwich aber bald darauf abermals und entkam wieder bis Leipzig. Dort machte er die Bekanntschaft des gleichfalls entwichenen Fürsorgezöglings Richard Uhlig. Während dieser Zeit brach Bernhardt in einen Bauernhof ein, und da er die gesuchten Lebensmittel nicht fand, stahl er eine Uhr, ein Messer und einen Geldbeutel mit 3 Mark Inhalt. Uhlig, der Schmiere gestanden hatte, erhielt einen Teil der Beute. Sie wurden aber bald gefaßt und ins Gefängnis gebracht, von wo sie jedoch wieder entweichen konnten. Sie kamen nach Lettin, wo sie auf einem Gute scheinbar nach Arbeit fragten. Bei dieser Gelegenheit stahl B. aus der Milchküche einen dem Inspektor gehörigen Geldbeutel mit 11 Mark Inhalt. In Halle wurden die beiden abermals abgefaßt, und nun standen sie wegen ihrer Vergehen vor der Strafkammer. Bernhardt war wegen zweier schwerer und eines einfachen Diebstahls, Uhlig der Hehlerei angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte gegen B. 1 Jahr 6 Monate, gegen U. 2 Monate Gefängnis. Verurteilt wurden B. zu 1 Jahr, U. zu 3 Wochen Gefängnis. —

* **Felddiebstahl.** Am Küttener Weg wurde ein Mann von einem berittenen Polizeibeamten beim Kleediebstahl betroffen und angezeigt.

* **Gestohlen** wurden während der letzten Woche: Eine goldene Schlipsnadel in Form eines Kleeblattes mit 3 Brillanten; der obere Teil eines zerbrochenen goldenen Ringes in Pfennigstückgröße mit Diamant, umgeben von kleineren Diamanten; ein Antriebsriemen, etwa 5 Meter lang, 10 Zentimeter breit und 5 Millimeter stark; eine viereckige Blechflasche mit der aufgeklebten Firmenbezeichnung „Franz Alb. Lippert, Lackfabrik", enthaltend 12½ Kilogramm Lack; ein Paar Damen-Lackhalbschuhe mit Spangen, Größe 36; ein linker Damen-Schnürstiefel mit weißem Futter, Größe 36; 12 Paar Herren- und 8 Paar Damen-Stiefelsohlen aus Riemenleder, mit Draht durchnäht. —

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 15. September sind nachstehende Gegenstände als gefunden bei der Polizei teils abgegeben, teils angemeldet worden: ein goldenes Uhrarmband, eine Uhr, zwei Broschen, drei Geldtäschchen mit Inhalt, ein Geldschein, eine Handtasche mit Inhalt, ein Zigarettenetui, zehn Lampenschirmhalter, ein Kinderspazierstock, vier Eisenstücke, ein dunkler Herrenüberzieher mit 1 Paar Wildlederhandschuhen, ein Handwagen. Die unbekannten Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau (Dreyhauptstraße 4, Zimmer 100) geltend zu machen. Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben. —

* **Versteigerung verlorner Gegenstände.** Die während der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1917 in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefundenen Gegenstände, die von den Verlierern bis jetzt nicht zurückgefordert worden sind, werden in der Auktion des städtischen Leihamts am 20. September versteigert. In Betracht kommen folgende Gegenstände: 55 Regenschirme, sechs Sonnenschirme, 20 Paar Handschuhe, elf Spazierstöcke, 23 Portemonnaies, 23 Schlüssel, 14 Taschen, zwei Beutel, zwei Muffen, eine Schmucknadel, zwei Glasbüchsen, zwei Marktnetze, eine Perlbörse, zwei Klemmer, acht Taschentücher, zwei Brillen und ein Futteral, zwei Schürzen, ein Herrenhut, ein Paar Schlittschuhe, ein Wärmeeimer mit Kohle, ein Henkeltopf, zwei Bücher, zwei Schreib- und Lehrbücher, ein Schreibetui, ein goldener Ring im Etui, zwei Brieftaschen, ein Etui mit Messer und Nagelfeile, eine Schere, eine Zigarrenschere, ein Strickstrumpf, zwei Kragenschoner, ein Paket mit Druckkasten, ein wollenes Tuch, ein Korsett, ein Pelzkragen, ein Taschenmesser, ein Monogramm, eine Unterhose, ein Photogr.-Zylinder, ein Hammer, zwei Rucksäcke, ein Gürtel, vier Kragen, ein silberner Ring, ein Gasglühstrumpf, eine Reisetasche, ein Damenjackett, ein Topf, eine Nagelschere, ein Tischtuch mit Sack, Wäsche und ein Paar Strümpfe. —

Könnern. 10 Prozent. Vom Aufsichtsrat der Aktien-Malzfabrik Könnern wird der am 6. Oktober stattfindenden Generalversammlung dieser Gesellschaft vorgeschlagen, eine Dividende von 10 Prozent zu zahlen, gegen 12 Prozent im Jahre vorher. —

Kütten. Brandstiftung? Nachträglich wird gemeldet: In der Freitagnacht brannte, vermutlich durch Brandstiftung, die Windmühle des Müllers Kunze ab, ohne daß jemand den Brand bemerkte. Am Sonnabend früh fand man nur noch einen Aschenhaufen vor und darin das verkohlte Gerippe des siebzehnjährigen Müllersohns. — Hierzu berichtet noch eine andre Stelle: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kurz nach 12 Uhr geriet die Windmühle des Bäckerei- und Mühlenbesitzers Wilh. Kunze in Brand und war in etwa zwei Stunden vollständig zerstört. Sehr bedauerlich ist, daß der im 17. Lebensjahre stehende Sohn Willi Kunze, der die Mühle bediente und sich zur Zeit des Brandes darin befand, den Flammen zum Opfer fiel. Da die Tür von außen geschlossen aufgefunden wurde, handelt es sich allem Anschein nach um Einbruch, Mord und Brandstiftung. Fast 89 Jahre versorgte die Mühle die beiden Ortschaften Kütten und Drobitz. Im Jahre 1828 ereilte die Küttener Mühle, die auf der noch heute genannten Mühlbreite des Gutsbesitzers Otto Reuter stand, dasselbe Schicksal. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Obst. Donnerstag vorm. 8 bis 12 Uhr Nr. 31501 bis 39000, nachm. 2 bis 6 Uhr Nr. 39001 bis 45500 des Lebensmittelscheins. Jede Person 2 Pfund in der Talamtschule.

Fischkonserven. Robbenfleisch, Krabben und Klippfisch in Dosen für freien Verkauf in der Talamtschule. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Mittwoch wird die komische Oper „La Serva Padrona" (Die Magd als Herrin) von Pergolesi in der Bearbeitung von Prof. Abert und anschließend „Der zerbrochene Krug" von Kleist zum erstenmal wiederholt. Die nächste Aufführung von d'Alberts „Tiefland" findet am Freitag statt. Besonders hingewiesen sei auf die Schüleraufführung „Iphigenie auf Tauris" von Goethe, die Sonnabend nachmittag 3½ Uhr stattfindet. —

Aus der Provinz.

Zur Kanalisierung Thüringens,

von der jetzt erneut die Rede ist, wie wir bereits berichteten, wird von anscheinend gut unterrichteter Seite folgendes ausgeführt:

Die geplante Wasserstraße von der Donau zur Nordsee durch Main, Werra, Weser gewinnt an großer Bedeutung durch einen Plan, der namentlich von Leipzig und Halle aus betrieben wird. Man will einen Kanal von Merseburg aus durch Thüringen nach Eisenach bauen, der dann dort Verbindung mit der Werra erhalten soll. Allerdings hat dieser Plan noch keinerlei greifbare Gestalt angenommen, denn wenn alle die Orte, die da genannt werden, Weißenfels, Naumburg, Artern, Erfurt, Nordhausen und viele andre wirklich von dem Kanal berührt werden sollen, dann muß entweder in großen Zickzacklinien erbaut oder es müssen viele Stichkanäle angelegt werden. Doch das wird sich ja finden, wenn man dem Plan näher tritt und eine bauwürdige Linie in Vorschlag bringt. Man befürchtet aber, daß es an Wasser mangeln wird, um diesen Kanal zu speisen. Diese Befürchtung ist unbegründet. Im Werragebiet sind jetzt fünf Talsperren vorgesehen, welche zusammen rund 400 Millionen Kubikmeter Wasser aufspeichern werden, also doppelt so viel wie das Edertalbecken. Diese fünf Sperren sind aber ausdrücklich nur als vorläufige bezeichnet worden. Geplant sind noch viel mehr, z. B. im Meißner und im Eichsfeld, die auch mehrere Millionen Kubikmeter Wasser ansammeln werden. Sollte dies Wasser aber wirklich noch nicht genügen, nun dann müssen auch noch Talsperren in den Oberläufen von Saale, Unstrut, Wipper, Gera usw. gebaut werden. Diese Talsperren verzinsen und tilgen sich nicht nur allein, sondern sie werfen auch noch Ueberschüsse ab. Vor allen Dingen aber muß darauf Bedacht genommen werden, daß dieser neue Kanal gleich von vornherein breit und tief genug geplant wird. Auf der Kanalversammlung in Koburg im Jahre 1911 verlangte Bürgermeister Markus in Bremen für den Main-Werra-Kanal eine Größe, daß er mit Schiffen bis zu 1000 Tonnen Tragfähigkeit befahren werden könne, denn sonst würde er sich nicht lohnen, und auf der Kanal-Versammlung, die Anfang dieses Monats in Nürnberg abgehalten wurde, sprach der König von Bayern, der sich bekanntlich sehr für Wasserstraßen interessiert, sogar von 1200-Tonnen-Schiffen. Dieser neue Plan verdient mit allen Mitteln unterstützt und gefördert zu werden, gewinnt doch durch ihn die Verbindung Donau—Main—Werra—Weser—Nordsee eine erhöhte Bedeutung. Trotzdem diese Linie die kürzeste ist und die sich ihr entgegenstellenden Schwierigkeiten durchaus nicht unüberwindlich sind, wird sie doch immer noch recht stiefmütterlich behandelt. Auf der Nürnberger Kanalversammlung wurde sie auch nur wieder ganz kurz gestreift, während die Rheinlinie einen sehr breiten Raum einnahm. Die Werra-Weser-Linie hat aber für ganz Mitteldeutschland eine wesentlich höhere Bedeutung als die Rheinlinie. Deshalb ist es notwendig, immer wieder auf sie aufmerksam zu machen und der Oeffentlichkeit ihre Bedeutung, ihre Vorteile immer wieder vor Augen zu führen. Auch hier wird Beharrlichkeit endlich zum Ziele führen. —

Eisleben. Kampf um einen Hasen. Am Sonntag morgen hatte ein hiesiger Feldpolizeibeamter einen Kampf mit einem bekannten Wilderer von hier zu bestehen. Der Beamte mußte mit blanker Waffe vorgehen, um ihm den Hasen, den er geschossen hatte, wieder abzunehmen. —

Hettstedt. Zwei Männer tödlich überfahren. Am Sonntag nachmittag wurden unweit des hiesigen Bahnhofs, am Maienholz, der Streckenarbeiter Eichelmann und ein 22jähriger Beamter, der beim Materialienlager Posten stand, vom 3-Uhr-Zug überfahren und schrecklich verstümmelt. Vermutlich sind beide Verunglückte im Gespräch gewesen, als ein Militärzug die fragliche Kurvenstelle passierte. Um diesem auszuweichen, traten sie auf das andre Gleis. In demselben Augenblick brauste eine Lokomotive heran und das Schreckliche war geschehen. Beide Verunglückte konnten nur als Leichen nach dem nahen Bahnhof geschafft werden. Eichelmann hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Sangerhausen. Die Aktien-Malzfabrik Sangerhausen bleibt für das abgelaufene Geschäftsjahr dividendenlos (i. V. 2 Proz.). Die Fabrik hat infolge der außerordentlich geringen Gerstenmenge, die ihr zugewiesen wurde, nur mit stärkster Einschränkung arbeiten können. —

Teuchern. Ueber eine Erfindung zur Kriegswirtschaft, die der Amtsvorsteher Krug in Runtval gemacht haben soll, wird nach dessen eignen Angaben berichtet: Herr Krug war vom Kriegsausschuß für Futterversorgung veranlaßt worden, Versuche anzustellen, um aus den Abfällen der Nesselfabriken ein brauchbares Futter herzustellen. Bei diesen Versuchen stellte sich heraus, daß diese Abfälle, die der Faser schon entkleideten Brennesselstengel, noch reich an Faserstoff sind, und es gelingt nun nach den fortgesetzten Bemühungen, aus diesen Abfällen einen Faserstoff zu gewinnen, der der Rohbaumwolle ähnlich ist. Bei der weitern Bearbeitung dieses Faserstoffs ist es sogar gelungen, verschiedene Produkte daraus herzustellen. Das erste Produkt ist ein weicher Pflanzendaun, der sich spinnen und der Baumwolle gleich zu mancherlei Stoff verwenden läßt. Das zweite Produkt, etwas gröber, kann zu Filz und Asbest, und das dritte zu Pappe und Papier verarbeitet werden. Der Abfall dann wird viertens als Viehfutter verwendet. Herr Krug hat auf seine epochemachende Erfindung, wie sie von Sachverständigen bezeichnet worden ist, Patent nachgesucht. Einstweilen ist ihm die Verwertung für ganz Deutschland übertragen worden. —

Wittenberg. Diebstähle. Einer in der Mittelstraße wohnenden Arbeiterin ist das von ihr im Hausflur eingestellt gewesene Fahrrad im Werte von 80 Mark gestohlen worden. — In der Lindenstraße wurde der Stall des Installateurs Frantz erbrochen und daraus sechs Kaninchen gestohlen. Von den Tätern konnte trotz aller Nachforschungen bisher keine Spur gefunden werden. —

Zeitz. Das Recht der Selbstversorgung mit Brotgetreide wird durch eine Bekanntmachung des Magistrats auf solche landwirtschaftlichen Betriebe beschränkt, deren Vorräte zur Ernährung der Selbstversorger bis zum 15. September 1918 ausreichen. Die Verarbeitung von Getreide oder Hülsenfrüchten zu Mehl, Schrot, Grieß, Grütze, Graupen, Flocken und ähnlichen Erzeugnissen in eignen oder fremden Betrieben ist von der Ausstellung von Mahlkarten abhängig. Die Mahlkarten werden auf Antrag im Zimmer 42 des Rathauses ausgefertigt, sie lauten auf eine bestimmte Mühle und sind nur für diese gültig. Die Verarbeitung der Früchte zu Mehl oder Schrot darf nur zur Schaffung eines Vorrats für höchstens 2 Monate erfolgen. Die Mühlen dürfen Früchte nur zur sofortigen Verarbeitung und nur in solchen Mengen annehmen, die durch eine ihnen vorher oder gleichzeitig ausgehändigte, für ihren Betrieb gültige Mahlkarte belegt sind. Sie haben Mahlbücher nach einem im Rathaus, Zimmer 42, vorrätigen Muster zu führen und den städtischen Kontrollbeamten zur Prüfung vorzulegen. Die Mühlen haben das Gewicht der Früchte bei der Annahme und das Gewicht der Erzeugnisse bei der Abgabe zu ermitteln und in den Mahlkarten und Mahlbüchern zu vermerken. Diese Vorschriften gelten sowohl für die Vermahlung von Brotgetreide als auch für die Verarbeitung (Schroten, Quetschen) von Hafer und Gerste zu Futterzwecken; sie gelten nicht für die Früchte, die vom Kommunalverband Zeitz oder von der Reichsgetreidestelle zur Verarbeitung überwiesen sind. —

Zeitz. Neuer Kreisarzt. Dem Kreisarzt Dr. Lewinsky in Mansfeld ist mit Wirkung vom 1. Oktober an die Kreisarztstelle des Stadt- und Landkreises Zeitz übertragen worden. —

Zeitz. Zum Kartoffelpreis bringt der „Volksbote" eine Notiz, in der wie üblich übertreibend von einem Preise von mindestens 9,00 Mark für den Zentner gesprochen wird. Nun ist es ja zutreffend, daß sich der von der Zentralstelle festgesetzte Grundpreis von 5,50 Mark in keiner Weise rechtfertigen läßt, zumal hierzu noch eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfennig bis zum 15. Dezember, ferner eine Anfuhrprämie von 5 Pfennig für jedes Kilometer kommt. Aber immerhin kommt für Zeitz inkl. Vergütung für Anfuhr direkt vom Landwirt (Näheres wird in den nächsten Tagen noch bekanntgegeben) ein Preis von nur 7,30 Mark in Frage. Diejenigen Familien, die die Kartoffeln selbst im ganzen vom Bahnhof abholen, würden 7,00 Mark zu zahlen haben. Vorläufig wird für die Woche 8 Pfund gerechnet werden, wobei 1 Pfund als Schwund berechnet ist. Für solche Bezieher, die die Kartoffeln wöchentlich entnehmen, wird der Preis von dem obigen etwas abweichen, doch nicht wesentlich. Ueber den Bezug von Kartoffeln für die halbe und ganze Versorgungszeit wird in den nächsten Tagen noch berichtet werden können. —

Zeitz. Infolge von Pilzvergiftung erkrankte die Familie des Bergarbeiters Emil Krietzsch in Aue und verlor hierdurch vier Kinder im Alter von 3, 6, 9 und 13 Jahren. Krietzsch und seine Ehefrau sind ebenfalls erkrankt, doch hofft man, diese am Leben zu erhalten. Dazu wird uns geschrieben: Die bedauerlichen Vorkommnisse von Pilzvergiftungen würden sich vermeiden lassen, wenn die nötige Vorsicht beobachtet würde. Leider ist Tatsache, daß viele Sammler, ohne Pilzkenntnis zu besitzen, alle möglichen Arten sammeln. Sehr oft mußten wir bei gelegentlichem Fragen sämtliche gesammelten Pilze wegwerfen, so daß es ein Wunder ist, daß nicht noch mehr Unglück geschah. Wenn man zum Beispiel bedenkt, daß in diesem Jahre gegen 4000 Pilzkarten in der Stadt Zeitz verlangt wurden, daneben aber noch Personen ohne Karten die Wälder absuchen, so kann man ermessen, daß unter den Sammlern der größte Teil die Pilze nicht kennt, und unsre giftigsten Arten finden sich zurzeit in großer Menge vor. Also übe man große Vorsicht. Lieber einen guten Pilz, den man nicht kennt, stehenlassen für Personen, die mehr Kenntnis besitzen. Aber auch keine solchen zertreten, denn viele Arten sind gute Speisepilze, und doch werden solche vielfach vernichtet. —

Zeitz. Begräbnishilfe der Knappschaftskassen. Das Oberschiedsgericht in Knappschaftsangelegenheiten hat in seiner Sitzung vom 21. März eine wichtige, erst jetzt veröffentlichte Entscheidung gefällt, die des allgemeinen Interesses wegen hier wiedergegeben sei. Ein Mitglied des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum war am 15. November 1914 durch Kopfschuß schwer verwundet worden und starb an seinen Folgen am 1. Dezember 1914 im Lazarett. Die Witwe forderte Begräbnisbeihilfe für Invalide im Betrag von 75 Mark. Der Knappschaftsverein und alle andern angerufenen Instanzen wiesen aber den Anspruch ab. Invalidität sei ein Dauerzustand. Dieser sei in der Regel anzuerkennen, wenn die Berufsunfähigkeit länger als 26 Wochen daure. Hier dagegen handle es sich dagegen um keine Zeit der Invalidität, sondern nur um eine Zeit langsamen Sterbens. —

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 19 des 9. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die proletarische Jugendbewegung im dritten Kriegsjahr. Von Richard Weimann. — Drei Jahre zu früh. Von Th. Thomas. — Gerhart Hauptmann. — Die Herrscherin. Gedicht von Wilhelm Jensen. — Moselfahrten. Von W. Sollmann. (Mit Abbildungen.) — Die Krankenversicherungspflicht jugendlicher Arbeiter. Von Fr. Kleeis. — Zuruf. Gedicht von G. Herwegh. — Von der proletarischen Jugendorganisation Deutschösterreichs. Von Karl Honay. — Zur wirtschaftlichen Lage. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170919-11/fragment/page=0006